Nr. 44.

Die Presse.

36. Jahrg.

Ostmärkische Tageszeitung — **Anzeiger für Stadt und Land.**

(Thorner Presse)

Ausgabe täglich abends, ausschließlich der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis bei den kaiserl. Reichs-Postämtern vierteljährlich 3,25 Mk., monatlich 1,09 Mk. ohne Zustellungsgebühr; für Thorn Stadt und Vorstädte, von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk., ins Haus gebracht vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk. Einzelexemplar (Belegblatt) 10 Pfg.

Anzeigenpreis die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., für Stellenangebote und -Gesuche, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 15 Pf., (für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Posens und durch Vermittlung 20 Pf.,) für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf. Im Reklameteil kostet die Zeile 50 Pf. — Anzeigenaufträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungsstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 10 Uhr vormittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn."

Thorn, Donnerstag den 21. Februar 1918.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinr. Wartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Der Weltkrieg.

Der Vormarsch.

Vom äußersten Norden bis zum Süden ist die russische Front im Wanken. Während der deutsche linke Flügel bereits Dünaburg genommen und im Vormarsch in Richtung Osten begriffen ist, rückt im Süden eine deutsche Kolonne zu unmittelbarer Unterstützung der ukrainischen Armee über Kowel nach Osten vor. Die deutschen Streitkräfte haben noch einen weiten Marsch zurückzulegen, bevor sie in Fühlung mit dem Gegner kommen können, der soeben in einer großen Schlacht bei Kiew mit Einsetzen einer gewaltigen Artillerie die Ukrainer scharf bedrängte. Die ukrainische Regierung hatte kurze Zeit vor dem Herannahen des Feindes und seiner roten Garden ihren Sitz nach dem westlich liegenden Shitomir verlegt.

Diese roten Garden stellen die neugebildete Armee der Petersburger Regierung dar, welche zunächst alle russischen Armeen auflöste, um dann eine reine Partei-Armee aus ihren Anhängern zu bilden. Die Masse der russischen Offiziere wurde hierbei nicht in diese neue Armee übernommen. So sind es im allgemeinen taktisch wenig erfahrene Führer, die an der Spitze der neuen Petersburger Truppen stehen.

Zwei Armeen dieser nordrussischen Kräfte sind im südlichen Rußland in scharfe Kämpfe verwickelt. Während bei Kiew ein Ringen mit den Ukrainertruppen erfolgt, steht eine weitere Armee Petersburger Truppen bei Woronesch im Kampfe mit den Streitkräften des Generals Alexejew, der mit Truppen des Don-Gebiets gegen die Petersburger Regierung ins Feld zieht. Die von Süden her gegen Moskau vorgehende Armee Alexejew ist rund 100 000 Mann stark, von der etwa ein Drittel aus Offizieren der früheren russischen Armee besteht. Auch in diesen Kämpfen mit dem unter Alexejew heraneilenden Heere haben die numerisch weit überlegenen nordrussischen Truppen einen Erfolg davongetragen, wenn man den Telegrammen, die vom Rußland her einlaufen, Vertrauen schenken darf. Trotz einer somit vorhandenen Überlegenheit nordrussischer Truppen im Gebiet südlich von Moskau kann aber der Wert dieser aus roten Garden bestehenden Armeen nicht sehr hoch eingeschätzt werden. In den mannigfachen Teilkämpfen der letzten Wochen an den verschiedensten Plätzen des russischen Reiches trat die Disziplinlosigkeit dieser roten Garden hervor, die in allen Gefechten mehr den Eindruck schlecht geführter Banden machten, als daß sie wirklich ein Bild organisierter Truppen boten.

Es zeigt das Ergebnis aller dieser Kämpfe im wesentlichen eine Verteilung der feindlichen russischen Streitkräfte in drei große Gruppen. Für das deutsche Vorgehen kommen in erster Linie die um Kiew stehenden Massen des Feindes in Betracht. Während die südliche deutsche Kolonne dorthin über Kowel im Vorgehen sich befindet, dringen im Norden über den Mittellauf der Düna weitere deutsche Truppen vor. Hiermit schieben sich starke deutsche Kräfte zwischen Kiew und Petersburg nach Osten in das Land hinein, sodaß die feindlichen um Kiew befindlichen Truppen sehr rasch bei ihrem Vormarsch nach Westen zum Halten gezwungen sein werden, da ihre rückwärtigen Verbindungen nach Petersburg hin laufen. Dieser Druck der deutschen Nordarmee wird also seine Wirkung sofort dahin ausüben, daß der Kampf bei Kiew nachläßt, und es können dann die über Kowel vormarschierenden deutschen Truppen westlich des Dnjepr nur geringen Widerstand finden.

Der Vorteil des Vorgehens der nördlichen deutschen Kolonne über Dünaburg wird für die Besetzung Esthlands insofern eine Rolle spielen, als russische Truppen, die in Esthland stehen, durch die über den Mittellauf der Düna vordringenden deutschen Kräfte mit einer Umgehung im Süden bedroht werden. Das deutsche Vorgehen im Dünagebiet wird auch für die Kämpfe in Finnland insofern von Bedeutung sein, als jene Petersburger Truppen, die dort gegen Finnländer im Kampfe stehen, durch den nach Nordosten über die Düna gerichteten deutschen Vormarsch im Rücken bedroht werden. Die Kämpfe um den Besitz Finnlands werden also im Südwesten Petersburgs entschieden. Es geht daraus hervor, daß dem Kampfe in Finnland keine derartige Bedeutung beizulegen sein wird wie dem Ringen im Gebiet der Düna. Dort kann insofern bald die Entscheidung fallen, als sich zeigen muß, daß die deutschen Waffen jeden Widerstand russischer Truppen sehr schnell überwinden.

XX

Amtlicher deutscher Heeresbericht.

Berlin, 20. Februar. (W.-T.-B.)

Großes Hauptquartier, 20. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz:

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenfeuerkampf. Größere Erkundungsvorstöße, die der Engländer westlich von Houthem, der Franzose bei Juvincourt und nördlich von Reims unternahm, wurden abgewiesen.

Östlicher Kriegsschauplatz:

Beiderseits der Bahn Riga-Petersburg wurden die 25 Kilometer vor unserer bisherigen Front liegenden russischen Stellungen überschritten. Schwacher Widerstand des Feindes bei Inzeen, nördlich der Bahn, wurde schnell gebrochen. Ueber Dünaburg hinaus stießen unsere Divisionen in nordöstlicher und östlicher Richtung vor. Zwischen Dünaburg und Luzk traten sie in breiten Abschnitten den Vormarsch an. Die über Luzk hinaus vorgedrungenen Divisionen marschieren auf Rowno.

2500 Gefangene, mehrere hundert Geschütze

und große Mengen an rollendem Material fielen in unsere Hand.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der Erste General-Quartiermeister: Ludendorff.

Die Kämpfe im Westen.

Deutscher Abend-Bericht.

W. T.-B. meldet amtlich:

Berlin, 19. Februar, abends.

Von Riga bis südlich von Luzk sind die deutschen Armeen im Vormarsch nach Osten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Französischer Heeresbericht.

Der amtliche französische Heeresbericht vom 18. Februar nachmittags lautet: Heftige Artilleriekämpfe in der Gegend des Mortierwaldes und bei Vauraillon. In der Champagne unternahmen die Deutschen nach einer lebhaften Artillerievorbereitung einen Angriff auf die Stellungen, die wir am 13. Februar südwestlich der Butte du Mesnil erobert hatten. Wir schlugen die Deutschen nach einem lebhaften Kampfe aus den wenigen Grabenstücken zurück, in denen sie zu Anfang Fuß gefaßt hatten. Es blieben Gefangene in unserer Hand. Auf dem rechten Ufer der Maas entwickelten die beiderseitigen Artillerien während des ersten Teiles der Nacht eine gewisse Tätigkeit. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Englischer Bericht.

Der englische Heeresbericht vom 18. Februar abends lautet: In der Nacht versuchte eine feindliche Abteilung einen Angriff gegen einen unserer Posten östlich von Epehy; sie wurde aber durch Gewehr- und Maschinengewehrfeuer vertrieben. Die feindliche Artillerie war südwestlich von Cambrai, in der Nähe von Armentières, sowie südöstlich und nordöstlich von Ypern tätig.

Erneuter Mißbrauch des Roten Kreuzes durch die Franzosen.

Lichtbild-Erkundung unserer Flieger ergab vor wenigen Tagen eine erneute erhebliche Vergrößerung des französischen Munitionslagers 4,5 Kilometer westlich St. Remy-sur-Bussy (östlich von Reims). In der Nähe befindet sich ein Barackenlager, das jetzt nach der Fertigstellung des Munitionslagers mit zwei großen Lazarettzeichen versehen wurde. Glauben die Franzosen dadurch das Munitionslager vor einem Luftangriff zu schützen? Wir sehen die Klagen über die deutsche Barbarei voraus, wenn bei einem Angriff auf das Munitionslager auch das angebliche Lazarett Schaden erleidet. Aber nicht durch uns, sondern durch unsere Gegner wird das Völkerrecht durch den schändlichen Mißbrauch des Roten Kreuzes stets aufs neue verletzt. Lazarette gehören nicht in die unmittelbare Nähe militärischer Objekte.

Die englische Heeresstärke.

Reuter meldet aus London: Der Voranschlag für das Heer für 1918/19 ist veröffentlicht worden. Darin werden fünf Millionen Mann vorgesehen.

Französische Ritterlichkeit.

Vor kurzer Zeit wurden zwei deutsche Flieger abgeschossen und zum Verhör einem Divisionskommandeur des 8. französischen Armeekorps vorgeführt. Dieser entließ die deutschen Flieger, indem er der Bewachungsmannschaft den Befehl gab: „Schaffen Sie die deutschen Flieger sofort nach Souilly, damit die französischen Flieger sich nicht durch die Berührung mit den deutschen Schweinen beschmutzen!"

Das Evangelium John Bulls.

Die meistgelesene englische Zeitschrift „John Bull" schreibt in ihrer Nummer vom 9. Februar wörtlich: „Amerika müsse eine Flotte von mindestens tausend Flugzeugen verschaffen, deren einziger Zweck sei, deutsche Städte zu bombardieren, ihre Gebäude zu zerstören, Tod, Unheil, Entsetzen zu verbreiten. **Weder Mann, noch Frau, noch Kind dürfe geschont werden; das sei das Evangelium des Hasses, der Barbarei und der Wildheit, aber es sei jetzt Krieg.**"

England und die Neutralen.

Nachdem englische Flieger zu wiederholten Malen durch Bombenabwurf auf holländisches Hoheitsgebiet Menschenopfer gefordert und beträchtlichen Materialschaden angerichtet haben, schreibt „Nieuwe Rotterdamsche Courant" im Abendblatt vom 13. Februar über den neuesten Fliegerangriff bei Mauritsfort: „Sie werfen ihre Bomben ohne weiteres Besinnen und überlassen es dem Zufall, welche Stelle vom Angriff getroffen wird. Die Fliegeroffiziere, die nach den offiziellen Berichten so prächtige Resultate erreichen, wissen oft nicht einmal, wo sie sich befinden. Wir haben dies bereits mehrfach hervorgehoben. Das ärgerlichste aber ist, daß sie sich zurückhalten, sobald der Irrtum ihrer Orientierung herauskommt. Das ist sehr wenig ehrenhaft."

Der italienische Krieg.

Der österreichische Tagesbericht

vom 19. Februar meldet vom

italienischen Kriegsschauplatze:

An der Piave und im Gebiete des Monte Asolone war die Artillerietätigkeit lebhaft.

Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Heeresbericht.

Im amtlichen italienischen Heeresbericht vom 18. Februar heißt es: Die feindlichen Batterien richteten häufiger ihr Feuer auf unsere Stellungen in der Gegend von Prientale auf der Hochfläche. Zwischen Brenta und Piave lebhafte Artilleriekämpfe auf dem Vorsprung des Monte Solarolo.

Die Kämpfe im Osten.

Der österreichische Tagesbericht.

Amtlich wird aus Wien vom 19. Februar gemeldet:

Östlicher Kriegsschauplatz:

Truppen der Heeresgruppe Linsingen haben Luzk kampflos besetzt.

Der Chef des Generalstabes.

Keine Verletzung des Waffenstillstandsvertrages.

W. T.-B. meldet amtlich: In der holländischen Presse vom 10. Februar ist als amtliche englische Bekanntmachung ein Telegramm verbreitet, nach dem die Deutschen die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Rußland vom 15. Dezember durch Abtransport von Divisionen zum Westen nach dem 15. Dezember verletzt hätten. Diese amtliche Nachricht ist eine Falschmeldung und ein Gegenstück zu der Reuterfälschung der Rede des Grafen Czernin. Im Waffenstillstandsvertrage war vereinbart, daß von der Front zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostküste keine operativen Truppenverschiebungen durchgeführt werden sollten, die nicht im Augenblick der Unterzeichnung schon eingeleitet waren. Die Truppenbewegungen, die nach dem 15. Dezember stattgefunden haben, waren sämtlich bereits vor oder im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages eingeleitet. Die Mittelmächte haben die Bedingungen des Vertrages dem Wortlaut und dem Sinne nach auf das peinlichste innegehalten. An dieser Tatsache werden auch alle die bekannten, aus durchsichtigen Gründen verbreiteten Verdächtigungen und Verleumdungen der Entente nichts ändern.

Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im englischen Lichte.

Der Petersburger Korrespondent des „Daily Chronicle" meldet, daß in Rußland niemand an eine Erneuerung des Krieges gedacht habe. Schon am 22. Dezember habe Lenin angeordnet, daß alle Fabriken, die sich mit der Erzeugung von Kriegsmaterial beschäftigten, die Arbeit einstellen und für die Herstellung friedlicher Bedarfsartikel eingerichtet werden sollten. Die „Morningpost" schreibt: Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten Rußlands bedeutet die Annexion Estlands und Livlands durch Deutschland. Der Schutz der Deutschen in diesen Strecken sei nur ein Vorwand.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Bulgarischer Heeresbericht.

Im bulgarischen Generalstabsbericht vom 17. Februar heißt es von der mazedonischen Front: Auf der ganzen Front war die Kampftätigkeit mäßig. Auf dem Vorgelände westlich von Serres verjagte unser Feuer mehrere englische Erkundungsabteilungen.

Der türkische Krieg.

Türkischer Heeresbericht.

Der amtliche türkische Heeresbericht vom 18. Februar lautet: Keine besonderen Ereignisse.

Die Kämpfe zur See.

Neue U-Boot-Beute.

W. T.-B. meldet amtlich:

Im mittleren Teile des Mittelmeeres haben unsere U-Boote fünf Dampfer und zehn Segler versenkt, wodurch hauptsächlich der Transportverkehr nach Italien geschädigt wurde. Vier der vernichteten Dampfer, von denen einer italienischer Nationalität war, wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Unter den Seglern befanden sich die italienischen Fahrzeuge „Esterel", „Ida", „Caterina", „Lysi", „Laforo", „Paolo Meriger", „Elsa", „Ada", „Fanny" mit Ladung: Pfeffer, Kohle bezw. Grubenholz.

Eine U-Bootfalle in Gestalt eines Zweimastraaschuners wurde durch zwei Artillerietreffer eines U-Bootes schwer beschädigt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bomben auf Calais.

W. T.-B. meldet ferner: Am 18. Februar abends belegten vier Marineflugzeuge den Seebahnhof von Calais, sowie ein daneben liegendes Barackenlager

erfolgreich mit Bomben und griffen dort drei Scheinwerfer mit Maschinengewehr an. Im Barackenlager wurden Brände beobachtet; einer der Scheinwerfer wurde zerstört.

Die amerikanische Nichtbereitschaft.

Zeitungsnachrichten zufolge hielt der republikanische Senator Mc Cumber am 16. Januar im Kongreß eine Aufsehen erregende Rede über die Nichtbereitschaft der Vereinigten Staaten. Er sagte u. a.: Wir müssen jetzt die Lektion lernen, daß man mit Ruhmredigkeit keinen Krieg gewinnt. Man kann von der Entente keine größeren Anstrengungen erwarten, als sie bisher schon gemacht hat. Wenn wir Amerikaner das Gleichgewicht der Kräfte wiederherstellen wollen, müssen wir 5 Millionen Mann in den Kampf schicken. Eine weitere Million ist erforderlich, um den Vorteil, den die geographische Lage den Zentralmächten bietet, auszugleichen, und noch eine weitere Million, wenn die Entente in den Stand gesetzt werden soll, zum Angriff überzugehen. Woher sollen wir aber zu alledem die Schiffe nehmen, zumal wir doch auch noch Großbritannien, Frankreich und Italien mit Lebensmitteln versorgen müssen? Wo sind die notwendigen Fahrzeuge? Das mag Gott wissen; sicher weiß es weder der Schiffahrtsausschuß noch das Marineministerium! Bei dem geringen Schiffsraum, der nur zur Verfügung steht, ist es besser, vorläufig keine weiteren Soldaten zu versenden und den Alliierten nur möglichst viel Lebensmittel zukommen zu lassen. Das ist aber gewiß: Stellen wir unseren Verbündeten nicht bald ein Mehrfaches des bisherigen Schiffsraumes zur Verfügung, dann werden sicher einige unserer Verbündeten zusammenbrechen, bevor wir ihren Platz auf dem Schlachtfelde einnehmen können.

Der Friede mit der Ukraine.

Erklärungen von Kühlmanns im Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde gestern der Friede mit der Ukraine beraten. Einleitend führte Staatssekretär von Kühlmann etwas folgendes aus: Das Verhalten der russischen Delegation, besonders das Trotzkis, in Brest-Litowsk ist ohne Vorgang in der Geschichte. Mit seiner letzten Erklärung wollte er sich aus einer unhaltbar gewordenen Lage befreien. Es kam ihm im Ernst auf den Frieden nicht an. Wir können an die friedlichen Gesinnungen Rußlands nicht mehr glauben und müssen für Ruhe und Ordnung in den an die besetzten Gebiete angrenzenden Ländern sorgen. Unser erneutes Eintreten in den Krieg wird hoffentlich in Petersburg die Geneigtheit zum Frieden stärken. Auch heute noch sind wir bereit, einen Frieden zu schließen, der unseren Interessen entspricht. Aus unserer Friedensbereitschaft ist der Friede mit der Ukraine entstanden. Die Ukraine ist ein reiches Land, und die wirtschaftlichen Beziehungen waren für den Friedensschluß von ausschlaggebender Bedeutung. Bei der Festsetzung der Grenzen machte die Ukraine Ansprüche auf das Gebiet des Gouvernements Cholm, und es entstand die Gefahr, daß die Verhandlungen scheitern würden, wenn diesem Verlangen nicht Rechnung getragen würde. Zwischen den Mittelmächten ist das Verhältnis durch die Regelung nicht getrübt worden, wohl aber haben sich die Polen verletzt gefühlt. Es sind hinsichtlich des Abtransportes der gewaltigen Vorräte bestimmte Vereinbarungen getroffen worden, sodaß wir noch im Laufe des Jahres davon Vorteil haben werden. Die Grenzen des Gouvernements Cholm sind noch nicht fest bestimmt, sondern werden durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden, die sich aus Vertretern der Ukraine und Polens zusammensetzen wird. Redner empfahl zum Schluß die Annahme des Vertrages.

In der nunmehr beginnenden Aussprache nahm zunächst das Wort Abg. Groeber (Zentrum): Bei den Verhandlungen mit der Ukraine hätten Vertreter Polens als beteiligter Faktor zugezogen werden sollen. Dann wäre wohl die Zuteilung des Cholmer Bezirkes zur Ukraine unterblieben. Bis auf diesen Punkt kann dem Friedensvertrag im ganzen zugestimmt werden.

Abg. Seyda (Pole) legte entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß das Selbstbestimmungsrecht der Polen bei den Friedensverhandlungen mit der Ukraine so wenig beachtet worden sei. Ganz unverständlich sei die Abtrennung des Cholmer Bezirkes, der schon vom Wiener Kongreß als zu Polen gehörend angesehen wurde. Daher sei eine Korrektur des Vertrages unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der polnischen Bevölkerung des Cholmer Bezirkes notwendig. Ebensowenig dürften Grodno und Byalistok, urpolnische Gebiete, zu Litauen geschlagen werden.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) forderte die Vorlegung des staatsrechtlichen Aktes, aus dem die Reichsleitung das Recht ableitete, mit der Ukraine, einem Bestandteil des russischen Reiches, einen Friedensvertrag abzuschließen.

Abg. Naumann (Fortschr. Volksp.) fragte: Wie liegen die staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine? Meines Wissens liegt nur ein Entwurf dazu vor. Ob mit einer Personengruppe ein gesicherter Vertrag abgeschlossen werden kann, ist fraglich. Solle durch die zwei Kaiserproklamationen vom November 1916 die Gestaltung Polens von dem Verhalten der Polen abhängig gemacht werden, so würde das einen schlechten Eindruck machen.

Abg. Graf Westarp (kons.) drückt seine Zufriedenheit über den Friedensvertrag aus. Die Hilferufe der Ostvölker entstanden durch die brutale Behandlung vonseiten der Bolschewisten.

Abg. Stresemann (natl.) bestätigt aus eigener Anschauung, daß in Riga ständig deutsche und andere Flüchtlinge über die Barbarei unter dem Bolschewistenregiment berichtet haben.

Abg. von Trampczynski (Pole): Der Entwurf über die Beseitigung des Enteignungsgesetzes in Preußen liegt vor, wird aber nicht verabschiedet. Die Festlegung der Grenze zwischen Polen und der Ukraine bedeutet einen Zankapfel zwischen beiden Völkern.

Abg. Fischbeck (Fortschr.): Wir stimmen dem Friedensvertrag mit der Ukraine freudig zu, weil er unter Umständen die Möglichkeit bietet, unsere Ernährung zu fördern. Wenn im Vertrage der Ukraine die Interessen der Polen nicht peinlich vertreten wurden, so gibt das Verhalten der Polen im gewissen Sinne eine Erklärung hierfür. Gegen eine Abtrennung weiterer Gebietsteile Polens im Westen und deren Zuteilung zu Preußen sind wir ganz entschieden.

Abg. David (Soz.): Wer es ernst mit dem Selbstbestimmungsrecht meint, muß es auch hier der Ukraine einräumen, sonst wäre es garnicht möglich, mit einem während des Krieges auseinanderfallenden Staatswesen und dessen Teilen Frieden zu schließen.

Staatssekretär von Kühlmann: Ein Gedankenaustausch zwischen Vertretern der Ukraine und der Polen konnte wegen des schnellen Friedensschlusses nicht stattfinden. Die Bolschewiki gehen mit großen Machtmitteln gegen die Ukraine vor, was das Vorhandensein von Lebensmitteln beweist. Es galt, den Frieden nicht wegen des Cholmer Bezirkes infrage zu stellen. Ich betrachte den Frieden mit der Ukraine als den Vorläufer für den Frieden mit ganz Rußland.

Damit schloß die Besprechung.

*

Berliner Preßstimmen.

Zu den Erklärungen des Staatssekretärs von Kühlmann sagt die „Tägl. Rundsch.“: Herr von Kühlmann machte geltend, daß die Verhandlungen zum Scheitern verurteilt gewesen wären, wenn das Gouvernement Cholm nicht zur Ukraine geschlagen worden wäre. Damit werden sich auch unsere Polenfreunde abfinden müssen, solange sie nicht den Beweis des Gegenteils erbringen. Denn das ist doch selbstverständlich, daß der sogenannte Brotfrieden mit der Ukraine wichtiger ist für uns als die Erfüllung polnischer Wünsche.

Das „Berl. Tagebl.“ meint: Der Staatssekretär hat die Ansicht oder die Hoffnung geäußert, daß das erneute Eintreten Deutschlands in den Krieg in Petersburg ernüchternd wirken und dort die Geneigtheit zum Frieden stärken würde. Der Wunsch, daß diese Hoffnung sich erfüllen möchte, ist allgemein. Erfreulich klang die Mitteilung des Staatssekretärs über die Vorräte in der Ukraine.

*

Der Friedensvertrag mit der Ukraine.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine fand gestern die Zustimmung des Bundesrats.

*

Die Zukunft Polens.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt halbamtlich:

„Von einem Berliner Blatt ist in einer Notiz zur polnischen Frage die Nachricht verbreitet worden, es werde erwogen, von Polen soviel für Deutschland abzutreten, wie man zur strategischen Sicherung nötig zu haben glaube, und den Rest seinem Schicksal zu überlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß auch das preußische Staatsministerium sich mit diesem Plan befaßt und ihn entschieden mißbilligt habe. Nach einem vor kurzem einstimmig gefaßten Beschluß habe das Staatsministerium sich mit größter Entschiedenheit gegen eine Erweiterung des von Polen bevölkerten Staats- und Reichsgebiets ausgesprochen.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind Beschlüsse darüber, was weiter aus Polen werden soll, bisher noch nicht gefaßt worden. Auf den Ausfall der letzten Entscheidung wird selbstverständlich vor allem auch die Art und Weise von Einfluß sein, wie das befreite Polen sich gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn zu verhalten gedenkt.“

Die „Germania“ meint, daß der Frieden mit der Ukraine im Reichstag keine sonderlichen Schwierigkeiten haben dürfte. Umsomehr schienen aber die politischen Rückwirkungen Staub aufzuwirbeln, die dieser Friede im ganzen polnischen Lager ausgelöst hat. Es möge richtig sein, daß sich die Polen immer Hoffnungen auf das Cholmer Land gemacht haben. Sie würden aber nichts daran ändern können, daß sich auch hier wieder das Sprichwort bewahrheitet: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Daß das gegen die Polen ausgefallen sei, daran trügen sie selbst die meiste Schuld. Dank der Politik der Zentralmächte, die ihnen ihre Selbständigkeit in den Schoß warf, hatten die Polen einen großen Vorsprung vor allen anderen russischen Grenzvölkern. Sie haben aber nicht verstanden, diesen Vorteil auszunutzen.

Rücktritt des galizischen Statthalters.

Wie aus Lemberg berichtet wird, soll der galizische Statthalter Graf Huyn in den nächsten Tagen zurücktreten und durch den Generalmajor Bandolf, dem Generalstabschef der zweiten Armee ersetzt werden.

Ukrainisches Entgegenkommen.

Dem „Berl. Lokalanz.“ wird aus Wien berichtet: Das Mitglied der ukrainischen Delegation, Sevrjuk, teilte einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ mit: Wir wollen den Polen entgegenkommen, sobald die Ordnung eingetreten ist, und der Bevölkerung von Cholm anheimstellen, durch Volksabstimmung zu bekunden, zu welchem Staate sie gehören will.

Politische Tagesschau.

Der Kaiser in München.

Der Kaiser, der während seines kurzen Aufenthaltes in München, von der Bevölkerung überall, wo er sich zeigte, freudig begrüßt wurde, hat gestern Nachmittag München mit Sonderzug wieder verlassen. König Ludwig gab dem hohen Gast, begleitet vom kleinen Dienst, persönlich das Geleit zum Bahnhof, wo zur Verabschiedung außerdem der preußische Gesandte erschienen war. Vor dem festlich geschmückten Bahnhof hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden, die dem Kaiser lebhafte Huldigungen darbrachte. Kurz vor der Abfahrt des Zuges verabschiedeten sich die beiden Monarchen in herzlichster Weise von einander, indem sie sich auf die Wange küßten. Als der Zug sich bereits in Bewegung gesetzt hatte, stand der Kaiser noch lange salutierend am Fenster.

Der Kaiser an den Bund der Landwirte.

Auf das Huldigungstelegramm der Jubiläumsversammlung des Bundes der Landwirte ist folgende Antwort eingetroffen: Herzlichen Dank für das Gelöbnis treuer Gefolgschaft, das der Bund der Landwirte mir bei seiner 25. Tagung erneut dargebracht hat. Die lange, rastlose Friedensarbeit und der starke Schutz des Reichs haben die deutsche Landwirtschaft zu Kriegsleistungen befähigt, die die Geschichte unter den Ruhmestagen dieser großen Zeit dankbar nennen wird. Jetzt gilt es, Schließung der Heimatsfront zum letzten großen Kampf! Ich zweifle nicht, daß die im Bund vertretenen Landleute mithelfen werden, die Kräfte zu spannen, die Herzen zu festigen und zu begeistern für den heiligen Dienst unseres herrlichen, heißgeliebten Vaterlandes. Wenn unser Volk sich in solchen Bereitschaft eint, dann zweifle ich nicht, daß mit Gottes Hilfe uns baldiger, endgültiger Sieg und starke, glückliche Zukunft sicher sind.

Wilhelm I. R.

Der Kaiser voll Zuversicht.

Der Kaiser hat an den Oberbürgermeister von Bad Homburg ein Handschreiben gerichtet, in dem es heißt:

Ich habe die Mir anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraine dargebrachten Glückwünsche mit besonderer Freude entgegengenommen. Gott gebe es, daß dieser Friede der gute Anfang für ein recht baldiges Kriegsende ist.

Wilhelm R.

Der Ältestenrat des Reichstages

hielt am Dienstag vor der Vollsitzung eine Besprechung ab, in der der Arbeitsplan des Reichstages für die nächsten Tage festgesetzt wurde. Es wurde vereinbart, den Friedensvertrag mit der Ukraine auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung zu stellen und die erste Lesung des Vertrages in dieser Sitzung zu Ende zu führen. Sodann geht der Friedensvertrag an den Haushaltsausschuß, für dessen Verhandlungen der Donnerstag sitzungsfrei bleibt. Auch die dem Reichstage soeben zugegangenen Vorlagen über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und über Maßnahmen zur Verhinderung des Geburtenrückganges werden auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung gesetzt und sollen ohne jede Aussprache sofort an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik gehen. Am Freitag wird der Friedensvertrag mit der Ukraine zur zweiten und dritten Lesung gestellt werden. Am Sonnabend sollen kleinere Vorlagen zur Erledigung kommen. Die erste Lesung des Etats beginnt am nächsten Montag.

Der Unterausschuß des Hauptausschusses des Reichstages

trat gestern zusammen, um in streng vertraulicher Beratung Kriegslieferungsfragen zu erörtern.

Über die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion

gegenüber den interfraktionellen Besprechungen und den anderen Parteien überhaupt sprach sich die „Nationalliberale Correspondenz“ folgendermaßen aus: „Besonders einfach liegen die Dinge in den Fragen der auswärtigen Politik, in denen die Fraktion stets ihren eigenen Weg gegangen ist. Diese Fragen werden aus dem Rahmen der interfraktionellen Besprechungen für die nationalliberale Fraktion vollkommen ausscheiden. Im übrigen umschließt dieser Rahmen die praktische Mitarbeit an den inneren Reformen, die die Regierung des Grafen Hertling gemäß durchführen wird. Für die nationalliberale Reichstagsfraktion braucht aber eine solche Mitarbeit keineswegs ein Bindungsgrund in allen übrigen Fragen zu sein. Sie wird sich vielmehr die Freiheit wahren, je nach der Lage mit denjenigen Parteien Fühlung zu suchen, die ihr im Interesse der Sache die gegebenen Bundesgenossen zu sein scheinen.“

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Das Oberkommando in den Marken hat eine Bekanntmachung erlassen, daß der am 31. Januar über Berlin verhängte verschärfte Belagerungszustand mit dem Ablauf des 23. Februar 1918 außerkraft tritt.

Der Verteidiger von Przemysl aus der Gefangenschaft entlassen.

Aus Wien wird gemeldet: General der Infanterie Hermann von Kusmanek, der Verteidiger der Festung Przemysl, ist am Dienstag nach dreijähriger Gefangenschaft in Wien eingetroffen. Kusmanek, der am 12. 2. von Nischni Nowgorod abgereist ist, wurde auf dem Nordbahnhof in Wien von Militär- und Zivilbehörden empfangen.

45 Milliarden Kriegslast 1917.

„Petit Parisien“ zufolge brachte die französische Regierung in der Kammer einen Gesetzantrag ein, nach welchem die provisorischen Kredite für 1917 zu definitiven Krediten umgewandelt werden. Diesem Projekt zufolge betrugen die Ausgaben 1917 40 825 531 267 Franken, wozu 4 022 145 944 für außergewöhnliche Ausgaben hinzukamen. Die öffentliche Schuld ist in diesen Krediten mit 4 863 384 400 vertreten, das Kriegsministerium mit 8 120 786 745, die Abteilung für Pulver und Salpeter mit 2 922 191 002 Franken.

Französische Hintertreppenwirtschaft.

Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge bringt die Havas-Agentur eine Meldung über eine neue Skandalaffäre in Frankreich. Danach wird der Militärattaché bei der Botschaft in Madrid, General Denvignes, sowie der Leutnant de Levis-Mirepoix, der derselben Gesandtschaft angehört, ihrer Stellungen enthoben. Der erstere wurde zur Verfügung gestellt. Im Kriegsministerium wird erklärt, es handle sich bei dieser Maßnahme weder um Spionage, noch Verrat. Demgegenüber berichten die Pariser Blätter, daß am vorigen Donnerstag eine Artistin in einer Autodroschke eine Brieftasche fand, die sie einem Fliegeroffizier abgab. Dieser fand nach flüchtiger Prüfung, daß es sich um Schriftstücke von vertraulichen diplomatischen Interessen handle und empfahl der Artistin, sie dem Kriegsministerium einzureichen. Die Artistin brachte die Schriftstücke dem Chef des zweiten Bureaus, der ihr lebhaft dankte. Die Affäre steht in keinerlei Zusammenhang mit den schwebenden Prozessen.

Die Lloyd-Georg-Krise.

Der „Secolo“ meldet aus London: Die Verhandlungen Lloyd Georges mit den Liberalen über die Beschlüsse der Versailler Konferenz haben sich zerschlagen. Es ist keine Überbrückung der Gegensätze möglich. Man rechnet ernstlich mit der geschlossenen Opposition der Liberalen im Parlament gegen das Ministerium Lloyd Georges.

Preisend mit viel schönen Reden ...

Reuter meldet vom Unterhaus: Bei der Beratung der Ergänzungskredite für das Munitionsministerium erklärte Churchill, es sei zu bedauern, daß die englische Nation und die übrigen Länder infolge der immer wieder auftretenden Nachrichten über Streiks nicht erfahren, mit wie unbeugsamer Loyalität und Entschlossenheit die Herstellung von Munition in England durch 2½ Millionen Männer und Frauen aufrechterhalten wird. Churchill erklärte weiter: Die Erzeugung auf allen Gebieten der Kriegsindustrie, sowohl von Artilleriematerial, Flugzeugen wie für den Schiffbau seien in stetiger Zunahme begriffen, und er erwarte trotz wachsender Schwierigkeiten in der Beschaffung dieser Materialien und der weiteren Entziehung von Arbeitern seitens der Armee eine noch größere Steigerung in den nächsten sechs Monaten.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Die „Ostschweiz“ vom 15. schreibt zum bevorstehenden Friedensschluß mit Rumänien: „Wir waren Zeugen des Zusammenbruchs Rumäniens. Hunderttausende Unschuldiger haben darunter leiden müssen, daß eine bestochene Presse ihre verhängnisvolle Arbeit unter dem Beistand zweifelhafter Staatsmänner und fragwürdiger Politiker verrichten durfte. Jetzt ist das Land gezwungen, Frieden zu schließen, und Bulgarien dringt mit gutem Recht darauf, daß ihm die Dobrudscha wieder angegliedert werde. Vielleicht, daß man Rumänien in Beßarabien dafür entschädigt. Für die Karpathen werden die Österreicher Grenzsicherungen verlangen. Die Donau muß für die Schiffahrt der Mittelmächte frei sein, und die Ölfelder werden ihnen zugänglich bleiben müssen. Das zu verlangen, sind sie ihrem wirtschaftlichen Dasein schuldig. Möglich, daß sich das besiegte und zum Frieden gezwungene Rumänien jetzt gegen jene Ratgeber wendet, die es in den Strudel hineingezogen haben. Vielleicht entledigt es sich auch einer Dynastie, die so wenig Einsicht bekundet und eine weise Tradition aufgegeben hat, um sich in das schlimmste Abenteuer, den Krieg gegen Freunde, denen es viel verdankte, einzulassen.“

Wilson und die Versailler Konferenzen.

Der „Times“ wird aus Washington gemeldet: Es ist jetzt möglich, die Haltung Wilsons und des Volkes der Vereinigten Staaten gegenüber dem obersten Kriegsrat deutlich zu definieren. Die Vereinigten Staaten unterstützen alle militärischen Maßregeln, für die man sich in Versailles entscheidet, von ganzem Herzen, aber Wilson und die Amerikaner wünschten, soweit es sich um rein politische Erwägungen handelt, ihre Bewegungsfreiheit zu bewahren. Aus diesem Grunde werden die Vereinigten Staaten an rein politischen Konferenzen in Versailles nicht teilnehmen, sondern nur einen politischen Beobachter entsenden, der sich darauf beschränken wird, der Regierung der Vereinigten Staaten Bericht zu erstatten.

Das Frauenwahlrecht in Kanada.

Die „Times“ erfährt aus Ottawa: Die Regierung beschloß, das Frauenwahlrecht für ganz

Kanada einzuführen. Ein Gesetzentwurf darüber wird wahrscheinlich noch während dieser Session dem Parlament vorgelegt werden.

Provinzialnachrichten.

Culm, 18. Februar. (Seinen 80. Geburtstag) begeht am 25. Februar Professor Dr. Ronspieß. Vom Januar 1871 bis Ostern 1909 war er am hiesigen Gymnasium tätig. Jetzt lebt er als Pensionär in voller Rüstigkeit in Danzig-Langfuhr.

Briesen, 18. Februar. (Personalien. — Im Sturm auf dem See umgekommen.) Der Katasterlandmesser Fischer in Arnsberg, zurzeit im Felde, ist zum Katasterkontrolleur in Briesen ernannt. — Ein Fischer aus Nowe, Kreis Briesen, fuhr kürzlich mit einem Nachbarsohn, der hier auf Urlaub weilte, auf den Garder See, um seine tags zuvor ausgelegten Reusen aufzunehmen. Bei dem furchtbaren Sturm wurde er von den Wellen verschlungen, während man seinen Begleiter zwei Tage später im Kahn erfroren in Klein Garde angetrieben fand. Die Leiche des Fischers konnte noch nicht geborgen werden.

Flatow, 17. Februar. (Todesfall.) Superintendent Bodenburg ist gestern früh, 61 Jahre alt, gestorben. Der Verstorbene stand seit dem 1. Oktober 1901 an der Spitze des Flatower Kirchenkreises, also über 16 Jahre lang. Er war in zahlreichen kirchlichen Vereinen tätig und war u. a. auch Vorsitzer des gemischten Chors Liederkranz; längere Zeit war er auch im Vorstande des Frauenvereins tätig. Viele Jahre hat er im Raiffeisenverein als Vorsitzer gewirkt.

Königsberg, 18. Februar. (Verschiedenes.) In einer Rede vor der ostpreußischen Landwirtschaftskammer sprach Oberpräsident von Batocki zur Rechtfertigung seiner Maßnahmen als Leiter des Kriegsernährungsamts. Vor allem bedauerte er, daß seine damalige Zuständigkeit nicht ausreichend war, um die von ihm verfolgten Ziele gegen alle Widerstände und dem notwendigen Nachdruck zu verfolgen. Der berechtigte Interessenstandpunkt eines ganzen Berufsstandes müsse vor dem Ernst der Stunde in den Hintergrund treten. Es wäre Feigheit, den Dingen nicht klar ins Auge zu sehen. Wir würden nur durchkommen, wenn jeder Landmann weit mehr als seine Pflicht täte und lieber das äußerste an Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Nachteilen auf sich nähme, als das geringste von dem, was abgegeben werden soll und kann, vorenthielte. — Das Ehrenbürgerrecht von Königsberg, das ihm von den städtischen Körperschaften am 6. Februar angetragen wurde, hatte General Otto von Below angenommen. — Für den Ausbau des Landwirtschaftlichen Instituts Königsberg bewilligte die Landwirtschaftskammer 100 000 Mark. Ein ungenannter Spender hat 300 000 Mark, Provinz, Landgesellschaft, Ostpreußenhilfe haben je 100 000 Mark hergegeben, und die weiteren Sammlungen haben auch sehr gute Erträge ergeben, sodaß bis jetzt 900 000 Mark dem Staate für den Neubau zur Verfügung gestellt werden, die wahrscheinlich auf eine Million abgerundet werden können. — Wegen Abhaltung einer unerlaubten Versammlung in den Räumen einer Privatwohnung in Königsberg wurde Stadtverordneter Linde, der der Partei der sog. „Unabhängigen" zugehört, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Seine beiden Mitangeklagten, ein hiesiger Arzt und der Inhaber der Wohnung, wurden freigesprochen.

Da das Schwein als Fettlieferant kaum mehr infrage kommt, muß das fehlende Fett durch den vermehrten

Anbau von ölhaltigen Pflanzen

ersetzt werden.

Lokalnachrichten.

Thorn, 20. Februar 1918.

— (Auf dem Felde der Ehre gefallen) ist der Leutnant d. R. Dietrich Stapelfeld, Beamter der Ostbank für Handel und Gewerbe in Thorn.

— (Das Eiserne Kreuz.) Mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse wurden ausgezeichnet: Unteroffizier Bernh. Malischewski (Inf. 141) aus Klein Tarpen, Kreis Graudenz; Kriegsinvalide Robert Grocholla aus Danzig (Inf. 21); Musketier Johannes Burandt (Inf. 176).

— (Kriegsteuerungszulagen für Beamte.) Wie die Danziger „Arbeitsgemeinschaft der Beamten- und Lehrervereine" mitteilt, treffen die in den Tageszeitungen veröffentlichten Berichte über die geplante Erhöhung der Teuerungszulagen für Beamte nicht zu. Die Beratungen des Unterausschusses des Abgeordnetenhauses sind vertraulicher Natur und zurzeit noch nicht abgeschlossen. Es kann erwartet werden, daß die Bemühungen der Staatsregierung und des Parlaments ein für die Beamtenschaft erfreulicheres Ergebnis zeitigen werden, als es nach den in Beamtenkreisen nur irrige Auffassungen und Beunruhigung hervorrufenden unvollständigen jetzigen Nachrichten der Fall scheint.

— (Um die Ablieferung von Heu und Stroh) für das Heer zu beschleunigen, sind vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts besondere Vergütungen festgesetzt worden: für jede Tonne Heu, die über das auferlegte Lieferungssoll hinaus freiwillig bis einschließlich 31. März 1918 abgeliefert wird, kann neben dem festgesetzten Höchstpreise eine besondere Vergütung von 120 Mark, für die Mehrlieferung an Heu in den Monaten April und Mai 1918 eine besondere Vergütung von 80 Mark gewährt werden; bei Stroh beträgt die besondere Vergütung 40 Mark für jede Tonne, die über die Hälfte des Gesamtablieferungssolls hinaus bis längstens 30. April 1918 abgeliefert wird.

— (Der Coppernikus-Verein für Wissenschaft und Kunst) feierte den Geburtstag des großen Sohnes unserer Stadt Nikolaus Coppernikus gestern Abend in der Aula des königl. Gymnasiums mit einer öffentlichen Festsitzung, zu der sich eine zahlreiche Gemeine eingefunden hatte. Der Vorsitzer, Herr Pfarrer Lic. Freytag, eröffnete die Festsitzung mit begrüßenden Worten an die Erschienenen und erstattete darauf den Jahresbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: Das vergangene 64. Vereinsjahr hat der Vereinstätigkeit eine Beeinträchtigung durch den Krieg in dem von den vorhergehenden Kriegsjahren bekannten Umfange gebracht. Durch den Tod verlor der Verein 5 Mitglieder, nämlich die Herren Dr. Eichel, Meczikowski, Trommer, Uebrick und Tarrey. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig einschl. einiger Zugänge 107. Die wissenschaftliche Vereinstätigkeit zeigt einen erfreulichen Stand; außer der Festsitzung am 19. Februar 1917 fanden 7 Sitzungen statt, in denen ebensoviel Vorträge gehalten wurden. Die Bücherei hat eine planmäßige Erweiterung erfahren und der Schriftenaustausch einen erfreulichen Zuwachs zu verzeichnen. Das Vereinsvermögen beträgt 6400 Mark zuzüglich eines Legats von 5000 Mark des verstorbenen Frl. Luise Bergenroth, das indes noch nicht zur Auszahlung gelangt ist. Aus dem Stipendienfonds sind gestern folgende Beihilfen gewährt worden: an eine Schülerin des Oberlyzeums 100 Mark, an zwei weitere je 50 Mark, ferner an eine Lyzealschülerin 40 Mark und eine Handelsschülerin 100 Mark. So darf der Verein in dem Bewußtsein, fruchtbare Arbeit geleistet zu haben, das abgelaufene Vereinsjahr beschließen und das neue in der Hoffnung beginnen, auch ferner zum eigenen und der Stadt Wohle zu wirken. — Den Festvortrag hielt Herr Oberlehrer Wiemer über das Thema: „Hermann Löns, sein Leben und seine dichterische Eigenart." Nach einer Schilderung des Entwickelungs- und Lebensganges dieses Dichters, der in Culm (Weichsel) als Sohn des Gymnasial-Oberlehrers Friedrich Löns geboren wurde und seine Jugend in dem westpreußischen, wie der Dichter in seiner Lebensbeschreibung sagt, idyllischen zwischen zwei Seen gelegenen Städtchen Dt. Krone verlebte, ging der Vortragende des näheren auf die dichterische Eigenart Löns' ein. Sein Dichtertum empfing seinen Stempel durch die starke Hinneigung zur Naturwissenschaft, die Freude am edlen Waidwerk und den Journalistenberuf; eine merkwürdige Zusammensetzung, die aber viele Vorteile in sich schließt. Was Löns aber zum Dichter von Gottes Gnaden macht, ist sein hingebendes Einleben in die Natur, das ihn befähigt, ein Erlebnis mit plastischer Naturwahrheit auszustatten und im Leser das Gefühl des Miterlebens zu wecken. Seine Tier- und Heimatgeschichten sind in dieser Hinsicht von geradezu unerreichter Meisterschaft, die Fülle der Beobachtung ist oft schier überwältigend. Das Glück und Leid der Schöpfung entrollt sich vor den sehenden Augen des Dichters in seiner ganzen Schönheit, Harmonie und Tragik, und das Erschaute weiß er zum selbsterlebten interessanten Drama mit buntwechselnder, bewegter Handlung zusammenzuformen; er schafft charakteristische Tierpersönlichkeiten mit eigener Geschichte, von eigener Art. Sind diese Tiergeschichten auch meist in einen düstern Ton getaucht, so sprüht aus ihnen doch hier und da heiterer, erfrischender Humor empor. Neben dem inhaltlichen Wert zeichnen sich seine Schilderungen vor allem auch durch die ungezwungene Natürlichkeit des Ausdrucks aus. Von dem Tierschilderer Löns nicht zu trennen ist der Jäger Löns, der die Jagd nicht als Vernichtungswerk, sondern demütige Hingabe an die Natur auffaßt. Das großartigste an Löns aber ist seine geradezu klassische Schilderung der Heide, niemand hat ihre Schönheit so fesselnd und begeistert zu verkünden vermocht als er. Wo die Natur dem Dichter nicht genügt, seine Stimmungen wiederzugeben, erhebt er sich zu visionärem Schauen und die Spukgestalten jenes niedersächsischen Volksschlages, der Heidjher, der die Lüneburger Heide bevölkert und unter dem sich Löns in zurückgezogener Stille, ihre Sitten und Gebräuche beobachtend, am liebsten aufgehalten, sind ihm eine reiche Ausbeute für seine Balladen und Bauernromane. Das Volkstümliche seiner Kunst kommt in seiner Lyrik zum Ausdruck; Frische, Schlichtheit, Natürlichkeit und die leise Wehmut des echten Volksliedes zeichnen sie aus. Der Umstand nur, daß Löns einer Naturreligion huldigt, die kein höheres Ziel kennt, als spurlos in ihr unter- und aufzugehen, gibt ihm eine gewisse Einseitigkeit, die das Vollkommene nicht erreichen läßt. Er war eine ausgesprochene Herren- und Kraftnatur, jedoch seine eigentümliche Veranlagung, jahrelanger Kampf ums Dasein, trübe Lebenserfahrungen und enttäuschte Liebe bereiteten ihm ein tragisches Schicksal; anderen ein Lichtspender, verzehrte er sich selbst in innerer Unrast, sodaß der Ausbruch des Weltkrieges ihm wie eine Erlösung kam. Trotz seines nicht mehr wehrpflichtigen Alters nahm er am Kriege teil und fiel am 26. September 1914, ins Herz getroffen, bei einem Sturmangriff vor Reims. Gewiß hätte Löns uns noch manch Großes und Wertvolles geschenkt, wenn er uns erhalten geblieben wäre, für eines aber müssen wir ihm Dank wissen: daß er die Liebe zur Natur in uns geweckt und mit ihr uns einen unerschöpflichen Reichtum erschlossen. Er hat uns gelehrt, daß die engste Heimat tausend schöne Wunder offenbart, wenn wir ein offenes Auge und eine nachempfindende Seele haben. Unsere Zeit hat in Hermann Löns einen Führer gefunden in der Naturliebe und am Naturerkennen, einen Bahnbrecher, wie es Nikolaus Coppernicus auf dem Gebiete der Astronomie gewesen! — Nach dem mit Beifall entgegengenommenen Vortrage schloß der Vorsitzer mit Dankesworten an den Redner die Sitzung.

— (Vom Oberlyzeum.) Am Montag und Dienstag fand unter Vorsitz des Herrn Provinzialschulrat Gall und in Gegenwart des Herrn Oberbürgermeister Dr. Hasse die Reifeprüfung statt, der sich 15 Schülerinnen, Fräulein Jaschelski, Lotting, Quade, Stadler, Walters, Boljahn, Braun, Demrau, Friese, Hasse, Homann, Janz, Legowski, Rehka und Zander unterzogen. Sämtliche Schülerinnen bestanden die Prüfung, die erstgenannten fünf unter Befreiung von der mündlichen Prüfung.

— (Ein Volksunterhaltungsabend) für die Seminare fand gestern im Viktoriapark statt. Dank dem fesselnden Darbietungen des festen, wenig veränderten Programms, übte dieser Abend, der sich wie eine patriotische Welle über Stadt und Landkreis hinzieht und die weitesten Kreise ergreift, auch gestern eine starke Wirkung auf die zahlreich erschienenen Teilnehmer aus, sodaß die wohlgelungene Veranstaltung ihren Zweck trefflich erreicht hat.

— (Deutscher Militärarbeiter-Verband.) Der Ortsverein Thorn hielt am Sonntag im Nikolaischen Saal eine Versammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzer Herr Hekel brachte ein Kaiserhoch aus. Er ermahnte die seit Kriegsbeginn zum erstenmale versammelten Mitglieder treu zum Verbande zu stehen, die Verräter, die zur Niederlegung der Arbeit auffordern, zu entlarven und jeder Streikbewegung der Munitionsarbeiter entschieden entgegenzutreten. Das Hauptziel des Verbandes ist, in friedlicher gemeinsamer Arbeit die Munitionsarbeit zu fördern, um unsere Feinde niederzuzwingen. Der übrige Teil der Tagesordnung enthielt innere Verbandsangelegenheiten. Mit dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles", in das die Anwesenden freudig einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen. Eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder trat dem Verbande bei.

— (Rechtzeitiges Einsteigen der Militärurlauber.) Zur Beschleunigung des Einsteigens der Militärurlauber ist nach Verfügung der königl. Eisenbahndirektion Bromberg auf den Bahnhöfen Thorn-Mocker, Thorn Hauptbahnhof, Bromberg, Schneidemühl, Kreuz, Landsberg (Warthe), Küstrin-Neustadt, Hohensalza und Gnesen ein bis zwei Minuten vor Abgang eines Zuges mit starkem Urlauberverkehr als Aufforderung zum Einsteigen mit der Handglocke zu läuten.

— (Thorner Stadttheater.) Aus dem Theaterbüro: Morgen, Donnerstag, findet eine nochmalige Aufführung der reizenden Schubert-Operette „Das Dreimäderlhaus" statt. Dies dürfte die letzte Aufführung in dieser Spielzeit sein. Der Freitag bringt Sudermanns „Johannisfeuer", während Sonnabend bei ermäßigten Preisen zum letzten Male das fesselnde Schauspiel „Staatsanwalt Alexander" in Szene geht.

Briefkasten.

(Bei sämtlichen Anfragen sind Name, Stand und Adresse des Fragestellers deutlich anzugeben. Anonyme Anfragen können nicht beantwortet werden.)

St. 200. Da Sie selbst gekündigt hatten, müssen Sie die Wohnung zum festgesetzten Termin selbstverständlich räumen, falls der Wirt darauf besteht.

Vizefeldwebel H. B. Zur Heilung der Flechte — deren Art und Natur zunächst festzustellen wäre — müssen Sie sich an einen Arzt wenden.

Letzte Nachrichten.

Staatssekretär von Kühlmann über die Ukraine und Rußland.

Berlin, 20. Februar. Staatssekretär von Kühlmann gab in der heutigen Reichstagssitzung zunächst einen Überblick über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und fuhr dann fort: Es handelt sich um den ersten Friedensvertrag in diesem gewaltigen Kriege. Wir wollen in keiner Weise für die Sünden des Zarismus verantwortlich sein und werden den Wunsch unserer Völker nach Frieden zu erfüllen versuchen. Die Verhandlungen waren nicht ganz leicht. Da, wie bei den meisten jungen Völkern, bei den Ukrainern die nationalen Ideale hoch gespannt sind, so interessiert die Abgrenzung der Ukraine nach Westen hin. Wegen der polnischen Forderungen durften wir den Frieden nicht scheitern lassen. Das wäre mit Recht vom deutschen Volke in seiner großen Mehrheit mißbilligt worden. Die Einzelheiten der Grenzfestsetzung mußten einer kommissarischen Verhandlung vorbehalten werden. Die Verhandlungen schweben zurzeit. Die Abkommen werden revidiert gemäß den ethnographischen Verhältnissen. Es wird alles geschehen, um eine möglichst gerechte Abgrenzung zu bewirken. Die ukrainische Regierung wird von den persönlichen Verhandlungen in Wien und Berlin die Überzeugung geschöpft haben, daß wir ein herzliches Verhältnis zu pflegen bereit sind. Es ist durchaus glaubwürdig, daß große Vorräte an Getreide und Futtermitteln in der Ukraine noch vorhanden sind, und daß von diesen ein erheblicher Teil für uns und in erhöhtem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie zur Verfügung stehen wird. Der Austausch dieser Vorräte mit unseren Erzeugnissen ist ein vitales Interesse beider Länder. Die Hauptbedeutung des Friedensvertrages liegt darin, daß er vorbildlich für künftige Friedensschlüsse sein soll. Er gewährleistet die Rechtsbedingungen vollkommen in diplomatischer wie handelspolitischer Beziehung. Er ist auch ein Instrument zum Friedensschluß mit der bolschewistischen Regierung. Unser erneutes militärisches Vorgehen dürfte nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Petersburger Regierung sein. Das beweist nachstehender Funkspruch des bolschewistischen Kabinetts an die deutsche Regierung:

„Der Rat der Bolschewiki sieht sich veranlaßt, inanbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. (Hört, hört! auf allen Seiten des Hauses.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde." (Hört, hört! Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.)

Nach den bisherigen Erfahrungen, fuhr Staatssekretär von Kühlmann fort, ist das noch nicht gleichbedeutend mit Frieden. Wir haben Petersburg den Funkspruch bestätigt und um schriftliche Bestätigung ersucht. Diese ist zu erwarten. Trotzdem haben wir aber den Frieden noch nicht in der Tasche; der Friede mit Rußland ist erst da, wenn die Tinte unter dem Vertrage trocken ist. Wir sind sofort mit der österreichisch-ungarischen Regierung in einen Gedankenaustausch eingetreten. (Beifall.)

Das ungarische Ernährungsprogramm.

Berlin, 20. Februar. Mit dem ungarischen Ernährungsminister Prinzen Ludwig Windischgrätz, der mit dem Handelsminister Joseph Szterenyi in Berlin eingetroffen ist, um an den heute einsetzenden Verhandlungen mit den österreichischen Delegierten Riedel und Gratz in unserem Reichsernährungsamt teilzunehmen, hatte ein Mitarbeiter der „Voss. Ztg." eine Unterredung, aus der mitgeteilt wird: Der Minister sagte, sein Ernährungsprogramm beruhe im Gegensatz zu dem bisher befolgten System darauf, schon bei der Ernte die ganze Produktion zu erfassen, zu kontingentieren und zu rationieren, um den alsdann noch verbleibenden Überschuß dem freien Verkehr, wenn auch nicht der freien Arbitrage, zu überlassen.

Dr. von Seidler über den Frieden mit der Ukraine.

Wien, 20. Februar. Im Abgeordnetenhause gab gestern Ministerpräsident Dr. von Seidler eine Erklärung ab, in der er sagte: Der Friedensvertrag mit der Ukraine bildet ein unteilhaftes Ganzes. Die Zugeständnisse an den einen Teil hängen von den Verpflichtungen ab, die der andere Teil übernommen hat. Die ukrainische Volksrepublik hat nun die Verpflichtung übernommen, uns ihre Überschüsse an landwirtschaftlichen Produkten zur Verfügung zu stellen. Was wir an Getreide von der Ukraine erhalten, ist lediglich eine Frage der Erfassung und des Transports. Nach einer von den Vertretern der ukrainischen Rada und der österreichischen Regierung unterfertigten Ergänzungserklärung fällt das Gouvernement Cholm nicht an die ukrainische Regierung, sondern es wird über sein Los seinerzeit durch eine gemischte Kommission nach ethnographischen Grundsätzen und dem Wunsche der Bevölkerung bestimmt werden. Eine andere Lösung dieser Frage war nicht möglich, ohne den Frieden zu verderben. Niemals hätten es die Völker Österreich-Ungarns verstanden, wenn wir ihn zerschlagen hätten nur deshalb, damit das Gouvernement Cholm in seiner ganzen Ausdehnung an Polen fällt. Ich muß gewisse Insinuationen, die bezüglich dieser Frage über das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland laut geworden sind, mit allem Nachdruck ablehnen. Was Rußland betrifft, so steht es mit Österreich-Ungarn nicht mehr im Kriege und wird nach menschlicher Voraussicht den Kriegszustand nicht mehr aufnehmen. Dem deutschen Hilferuf aus Estland und Livland folgend, entschloß sich Deutschland, in das Innere zu marschieren. Wir sind im vollen Einvernehmen mit unseren treuen Bundesgenossen zu dem Entschluß gelangt, uns an dieser militärischen Aktion nicht zu beteiligen. Unser Hauptbestreben bleibt nach wie vor, den zahlreichen österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen auf russischem Boden raschestens Hilfe zu bringen. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit langanhaltendem Beifall und Händeklatschen von den Deutschen und Ukrainern aufgenommen, an einigen Stellen von lärmenden Zwischenrufen tschechischer Abgeordneter und polnischer Sozialdemokraten begleitet.

Unbeschreiblicher Schreck in Petersburg.

Sofia, 20. Februar. Die Mitglieder der bulgarischen Delegation in Petersburg teilten nach ihrer Rückkehr mit: Die Nachricht, daß die Deutschen den Waffenstillstand als gekündigt ansähen, gelangte unmittelbar vor unserer Abreise in Petersburg zur Veröffentlichung. Sie rief unbeschreiblichen Schreck hervor. Mit dieser Eventualität hatten die Bolschewiki nicht gerechnet. Überall begegneten wir auf der Heimfahrt großen russischen Truppenmengen, die den Befehl erhielten, sofort an die Front zurückzukehren. Die Bolschewiki kämpfen mit großen Lebensmittelschwierigkeiten. In Petersburg herrscht ausgesprochene Hungersnot.

Berliner Börse.

Die gestrige Börse verlief ebenso still und lustlos wie bisher. Anfangs bröckelten die Kurse für Schiffahrts- und die meisten Montanwerte leicht ab doch konnten diese Verluste im Verlaufe teilweise wieder hereingebracht und darüber hinaus noch kleine Zuschläge erzielt werden. Etwas stärker vermochten Rheinmetall- und Hirsch-Kupfer-Aktien ihren Kursstand zu erhöhen. Am Rentenmarkt hat sich nichts verändert.

Berliner Produktenbericht.

Da die Schneedecke fehlt, hegte man bei den starken Frost teilweise noch einige Besorgnis für die Saaten, doch zeigt sich von landwirtschaftlicher Seite noch keine sehr rege Nachfrage für Sommergetreide zur Saat, was wohl der Fall wäre, wenn ernstliche Schäden auf den Feldern entstanden wären. Das Angebot in Sommerbrotgetreide ist daher auch ziemlich groß, und die Preise bewegen sich auch merklich unter den Höchstpreisen. Im Rauhfuttergeschäft hat sich nichts verändert. Neu ist, daß für Heu sowohl wie auch für Stroh bei freiwilligen Ablieferungen über die auferlegte Menge bis zu einer bestimmten Zeit Zuschläge bezahlt werden. Von Sämereien herrscht Nachfrage für Seradella, Spargel und Kleesaat, die aber sämtlich schwer zu beschaffen sind. Wetter kalt.

Notierung der Devisen-Kurse an der Berliner Börse.

Für telegraphische Auszahlungen:	a. 19. Februar Geld	Brief	a. 18. Februar Geld	Brief
Holland (100 Fl.)	215½	216	215½	216
Dänemark (100 Kronen)	152¾	153	152¾	153
Schweden (100 Kronen)	163¼	163¾	163¾	163⅝
Norwegen (100 Kronen)	159¼	159¾	160¼	160¾
Schweiz (100 Francs)	112½	112¾	112½	112⅝
Oesterreich-Ungarn (100 Kr.)	66,55	66,65	66,55	66,65
Bulgarien (100 Leva)	79¾	80¼	80	80½
Konstantinopel	18,85	1895	18,95	19,05
Spanien	115½	116½	115½	116½

Amsterdam, 19. Februar. Wechsel auf Berlin 42,10 Wien 27,80, Schweiz 50,60, Kopenhagen 69,25, Stockholm 74,20, Newyork — London 10,67, Paris 39,50.

Meteorologische Beobachtungen zu Thorn

vom 20. Februar, früh 7 Uhr.

Barometerstand: 773,5 mm

Wasserstand der Weichsel: 2,60 Meter.

Lufttemperatur: — 14 Grad Celsius

Wetter: trocken. Wind: Nordosten.

Vom 19. morgens bis 20. morgens höchste Temperatur — 4 Grad Celsius, niedrigste — 14 Grad Celsius.

Wetteransage.

(Mitteilung des Wetterdienstes in Bromberg.)

Voraussichtliche Witterung für Donnerstag den 21. Februar: Wolkig, teils aufheiternd, kalt, strichweise etwas Schnee.

Nachruf.

Am 18. Februar starb der

königl. Gymnasialdirektor a. D.,
Herr Geheimer Studienrat

Dr. Kanter.

15 Jahre hat er an der Spitze unseres Kollegiums gestanden, unermüdlich tätig für das Emporblühen seiner Anstalt, für das Gedeihen der ihm anvertrauten Jugend, für das Wohl der Mitglieder seines Kollegiums. Nach dem Ausscheiden aus dem Amt hat der Tod dem rastlosen Schaffen des hochverdienten Mannes ein allzu frühes Ende bereitet. Sein Andenken aber wird in unsern dankbaren Herzen stets fortleben.

Das Lehrerkollegium des königl. Gymnasiums und Realgymnasiums zu Thorn.

Montag den 18. Februar verschied nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden unsere innig geliebte Tochter, Schwester, Nichte und Enkelkind

Elisabeth Cicherski

im Alter von 11 Jahren und 10 Monaten.

Dies zeigt tiefbetrübt an und bittet um stille Teilnahme

im Namen der Hinterbliebenen
Frau Käte Puchert, geb. Lemke.

Thorn den 20. Februar 1918.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 21. Februar, nachm. 4 Uhr, vom städt. Krankenhause aus statt.

Fleischration.

Für die laufende Woche vom 17. bis 23. Februar beträgt die Fleischration 200 Gramm mit eingewachsenen Knochen oder Wurst oder 160 Gramm ohne Knochen.

Für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte.

Thorn den 18. Februar 1918.

Der Magistrat.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

11. Mai 1918,
vormittags 10 Uhr,

an der Gerichtsstelle Thorn, Zimmer Nr. 22, versteigert werden das im Grundbuche von Thorn, Altstadt Band I, Blatt 7, (eingetragene Eigentümerin am 19. Oktober 1917, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Bank ludowy, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Thorn) eingetragene Grundstück, Gemarkung Thorn, Kartenblatt 47, Parzelle Nr. 39, $\frac{61}{57}$ bestehend aus Wohnhaus nebst Seitenflügel, Hintergebäude und abges. Abtritt nebst Hofraum in der Brücken- und Mauerstraße Nr. 38 bezw. Nr. 37 — 1,65 Ar groß, Grundsteuermutterrolle Artikel 453, Nutzungswert 3200 Mark, Gebäudesteuerrolle Nr. 5.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung vom 17. November 1917 hingewiesen.

Thorn den 16. Februar 1918.

Königliches Amtsgericht.

Königl. Handwerker- u. Kunstgewerbeschule Bromberg.

Anmeldung z. Sommerhalbj. v. 15.–31. März Schulgeld nach Zahl d. Unterrichtsstunden 4–20 Mk. Lehrplan u. Auskunft unentgeltl. Direktor Prof. Arno Koernig.

Königl. preuß. Klassen-lotterie.

Zu der am 12. und 13. März 1918 stattfindenden Ziehung der 3. Klasse 237. Lotterie sind

1/1	1/2	1/4	1/8 Lose
zu 120	60	30	15 Mark

zu haben.

Dombrowski,
königl. preußischer Lotterie-Einnehmer,
Thorn, Katharinenstr. 1, Ecke Wilhelmsplatz, Fernsprecher 842.

Wer erteilt einer Militärperson in den Abendstunden Unterricht in Deutsch und Mathematik?

Angebote unter **V. 521** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Dem Geburtstagskinde Fräul. Helene Oschinski, Weinbergstr. 28 ein dreimal donnerndes Hoch daß die ganze Weinbergstraße wickelt und wackelt.

Zwei Freundinnen.

Kiefern-Nutzholz-Verkauf

der königl. Oberförsterei Thorn
im Wege des schriftlichen Angebots.
Schutzbezirk Karschau,

Jagen 108, im ganzen 895 Stück und 787, 61 fm und zwar gesund: 37 Stück 1. Klasse mit 87,02 fm, 222 Stück 2. Klasse mit 310,08 fm, 352 Stück 3. Klasse mit 257,82 fm, 230 Stück 4. Klasse mit 81,72 fm, anbrüchig: 1 Stück 1. Klasse mit 2,33 fm, 20 Stück 2. Klasse mit 30,96 fm, 17 Stück 3. Klasse mit 12,73 und 14 Stück 4. Klasse mit 4,95 fm.

Der Schlag liegt nur 400 Meter von der Eisenbahnverladestelle der Station Ottlotschin entfernt. Die Gebote müssen die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß sich Bieter den dem Verkauf zugrunde liegenden Bedingungen unterwirft und sind je fm der gesamten Holzmasse abzugeben und bis zum 1. März der kgl. Oberförsterei Thorn zu Forsthaus Rudak bei Thorn 2 verschlossen mit der Aufschrift „Nutzholzverkauf“ einzureichen. Die Eröffnung der rechtzeitig eingegangenen Gebote erfolgt im Beisein etwa erschienener Bieter am 2. März, nachmittags $2^1/_4$ Uhr im Geschäftszimmer zu Forsthaus Rudak (Haltestelle Czernewitz der Bahn Thorn—Alexandrowo.)

---

280 000 Mk.

werden zu sofort als 1. Hypothek auf 700 Morgen großes Gut in Mecklenburg gesucht.

Angebote nur von Selbstgebern unter **Q. 541** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

---

10 000–13 600 Mk.

hinter 8400 Mk. Sparkasse auf Vorstadt-Grundstück zum 1. 4. d. Js gesucht. Wert Mk. 40 000. Feuerversicherung Mk. 35 000.

Gefl. Angebote unter **F. 531** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

8000 Mark zur ersten Stelle auf ein Grundstück in Mocker gesucht.

Angebote unter **H. 508** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Comfrey-Wurzeln,

ungeschnitten, sucht große Posten
Weidemann, Doberan, Rostockerstraße 15.

Zu kaufen gesucht

Ein kleineres oder auch größeres
Grundstück
wird in Mocker oder Thorner Vorstädte zu kaufen gesucht. Anzahlung nach jeder gew. Höhe. Gefl. Angebote unter **N. 538** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Suche kl. Grundstück,

ca. 10–20 Mrg. mit Inventar, gutem Wohnhaus, nahe d. Stadt od. Bahn m. 5000 Mk. Anz. zu kaufen. Ang. u. **R. 542** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Einige gebr. guterh. oder neue

Büromöbel,

wie **Tische, Stühle, Aktenschrank** usw. zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis erbeten an
Einkaufsbüro Leibitsch.

Zu kaufen gesucht gut erhaltene
Chaiselonguedecke, Tischdecke,
2 Paar bessere Gardinen.

Angebote unter **G. 532** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Alte Schmucksachen,

künstliche Gebisse, Herren- und Damenuhren, sowie Brillanten kaufe noch zu höchst. Preisen. **Juwelier Feibusch,** Brückenstr. 14, Tel. 381.

Das Fuhrgeschäft Ferdinand Thomas
Kleine Marktstraße 11

befindet sich nach wie vor in meinem Besitz.

Ich stelle **Leichenwagen in guter Ausstattung, Trauer-, Hochzeits- und Tauflutschen, wie auch Reisefuhrwerk** zu solidem Preise.

Bestellungen bitte nur Kleine Marktstraße 11, 1 Treppe, zu machen.

Hochachtungsvoll
Witwe Auguste Thomas.

Briefumschläge

für Private und Behörden, mit und ohne Druck, liefert zu zeitgemäßen Preisen

C. Dombrowski'sche Buchdruckerei,
Thorn, Katharinenstraße 4.

Alte unbrauchbare Sprechmaschinenplatten und Bruch

kauft zum festgesetzten Höchstpreise
zu 1.75 Mark pro Kilo

Alex Beil.

Geldschrank, Rohrplattenkoffer und Rehgehörne zu kaufen gesucht.

Angebote unter **M. 512** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Ein eisernes, weißes, gut erhaltenes
Kinderbettgestell

gesucht. Angebote
Talstraße 42, 2. Eing., links, part.

Kaufe gebrauchte, gut erhaltene
Bandsäge.

Angebote unter „Bandsäge“ an die „Culmer Zeitung“, Culm, erbeten.

Eine gute tragende
Milchziege

zu kaufen gesucht.
Wallmeisterhaus bei Fort Dohna.

Wohnungsgesuche

Herrschaftliche
3–5-Zimmerwohnung

in der Vorstadt oder Stadt vom 1. 4. 18 oder später zu mieten gesucht.
Spohr, Brückenstraße 11, part.

---

1 oder 2 Stuben

und Küche zum 1. 4. 18 gesucht.

Angebote mit Preis unter **Y. 499** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Möblierte 3–4-Zimmerwohnung,

elektrisch Licht, in der Bromberger Vorstadt gesucht.

Angebote unter **M. 537** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Möblierte Wohnung,

2–3 Zimmer u. Mädchenkammer, Badestube, Küche, Gas, zum 1. 4. 18 gesucht. Angeb. auch Garten evtl. auch Hühnerstall und Klavier. Angeb. u. **D. 529** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Zwei elegant möblierte Zimmer mit sep. Eingang, elektr. Licht, Bad in der Bromberger Vorstadt sofort gesucht. Angebote unter **O. 539** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Fräulein sucht möbl. Zimmer,

wenn möglich mit Klavierbenutzung.

Gefl. Angebote unter **L. 511** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Angenehmes, möbl. Zimmer

sofort gesucht, womöglich Nähe des Proviant-Amts.

Angebote unter **T. 519** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Angen., möbl. Zimmer

auf Tage zu mieten gesucht.

Angebote erbeten unter **H. 533** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Wohnungsangebote

5-Zimmer-Wohnung

mit Zentralheizung und sämtlichem Zubehör vom 1. April zu vermieten.
Restyan, Mellienstr. 6, 3. Etg.

Dortselbst sind **5 elektrische Lampen** verkäuflich.

Schöne 3-Zimmerwohnung

mit Küche, Gas, Balkon zum 1. April zu vermieten.
Thorn-Mocker, Königstraße 20.

Eine Werkstelle

vom 1. 4. zu verm. Bäckerstr. 7. Hof

Ein Zimmer

zum Möbelunterstellen vom 1. April zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der „Presse“.

Leeres Zimmer

mit Kochgelegenheit u. Gaslicht zu verm. Zu erfragen in der Gesch. der „Presse“.

Viktoria-Park.

Sonntag den 24. u. Montag, 25. 2. 18:

2 große Künstlerabende.

Auftreten der erstklassigsten

Künstler u. Künstlerinnen.
u. a.:

Frl. Vally Esther,
Opernsängerin.

Frl. Tilly Tell,
Offizierskopistin.

Frl. Anny Hoehl,
Vortragskünstlerin.

Frl. Heddy Tamara,
Fantasie-Tänzerin.

Frl. Peppi Florett,
Soubrette.

Herr Rudi Rolf,
Mildereiter

und das beliebte

Gesangs- und Tanzduett Almano.

Außerdem:

Künstlerkonzert.

Anfang Sonntags 4 Uhr, Montag 7 Uhr,
Ende 10 Uhr.

Preise der Plätze:
1. Platz 1.50 Mark,
2. Platz 1.00 Mark,
3. Platz 0.75 Mark.

Vorverkauf in der Buchhandlung **Walter Lambeck,** Breitestraße

Die Direktion.

Möbliertes Zimmer

mit Zentralheizung, Gas, Bad, Klavierbenutzung wegen Einberufung im Zentrum der Stadt sofort zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der „Presse“.

Gut möbliertes Zimmer

nebst Kabinett vom 1. 3. 18 zu vermieten. Besichtigung von 12–2 Uhr
Bachestraße 4. 2

---

2 gut möbl. Zimmer mit Balkon. Aussicht nach der Weichsel sofort zu vermieten
Bankstraße 6, 3. 1 Eingang.

Möblierte Wohnung,

zwei Zimmer, mit Balkon, in der ersten Etage vom 1. März zu vermieten.
Mellienstraße 129.

Gut möbliertes Zimmer
zu vermieten Hohestraße 1, 2 Treppen

Möbliertes Zimmer

mit kl. Küche, elektr. Licht, auch Klavierbenutzung vom 1. 3. zu vermieten.
J. Schmidt, Lindenstraße 40.

Ein möbl. Vorderzimmer und ein möbl. Oberzimmer mit eigener Küche vom 1. 3. zu vermieten.
Gerstestraße 21.

Verein ehem. Thorner Mittelschüler.

Sonnabend den 23. Februar 1918, $7^1/_4$ Uhr,
im Viktoriapark:

Vortrags- und Unterhaltungsabend.

Die Angehörigen der Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind herzlichst eingeladen.

Zur Deckung der Unkosten wird ein mäßiges Eintrittsgeld erhoben.

Der Vorstand.

Ziegelei-Park.

Donnerstag den 21. Februar 1918:

Großes Streichkonzert.

Anfang 4 Uhr. Eintritt pro Person 20 Pfg.

Hochachtungsvoll **G. Behrend.**

Zentral-Theater, Neustädtischer Markt 13.

Von Freitag den 22. bis Montag den 25. Februar:



Die Königstochter von Travankore.

Ein indisches Liebesdrama in 4 Akten von Martin Berger.

In der Hauptrolle Elga Beck-Wien.

Dies ist das größte Filmwerk, das bisher die Filmindustrie hervorbrachte.

Lämmchen,
Kleinkunstbühne

Täglich
der an Kunst und Humoristik nicht zu übertreffende Spielplan.

Lämmchen.

Grützmühlenteich.

Die Eisbahn
ist eröffnet.

Gegossene, glatte
Eisbahn.
Toter Arm.

Junge Dame,

ev., musikalisch gebildet, wünscht gebild. besseren Herrn zwecks event. späterer Heirat kennen zu lernen. Gefl. Zuschriften mit Bild unter **K. 535** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Sehr gebildete, verh. Dame

aus fein. Familie, hier fremd, heiter und gemütvoll, wünscht Verkehr mit ebensolcher Dame, 25–35 Jahre alt, sol. von tadellosem Ruf und angen., aufricht. Wesen, verh. oder unverh., Photogr. u. Name erwünscht zwecks vorl. Korrespond.

Zuschriften unter **P. 510** an die Geschäftsstelle der „Presse“ erbeten.

Nette junge Dame

wünscht die Bekanntschaft eines besseren Herrn zwecks späterer Heirat.

Gefl. Zuschriften unter **U. 493** an die Geschäftsstelle der „Presse“

Zwei junge Mädchen,

groß, blond und dunkel, suchen nette Herrenbekanntschaft zwecks späterer Heirat, Witwer nicht ausgeschlossen.

Zuschriften unter **J. 534** an die Geschäftsstelle der „Presse“.

Vermißt.

Seit dem 7. 12. 1917 ist der taubstumme Johann Jurkiewicz aus Culmsee, 1,61 groß, blonder Schnurrbart und Kopfhaar, bekleidet mit dunkelbraunem Kommissanzug, spurlos verschwunden. J. fuhr mit dem Zuge nach Mirakowo und ist jedenfalls weitergefahren. Wer über den Verbleib des J. etwas näheres weiß, wird gebeten an Fr. Jurkiewicz, Culmsee, Wiesenstr. 8, Mitteilung zu machen.

Thorner Liedertafel e. V.

Donnerstag den 21. Februar,
abends 8 Uhr:
Bierabend
im Spiegelsaal des Artushofes.

Der Vorstand.

Stadt-Theater

Donnerstag, 21. Februar, $7^1/_2$ Uhr:
Zum letzten male!
Das Dreimäderlhaus.

Freitag den 22. Februar, $7^1/_2$ Uhr:
Johannisfeuer.

Sonnabend 23. Februar, $7^1/_2$ Uhr:
Ermäßigte Preise! Zum letzten male!
Staatsanwalt Alexander.

Zu vermieten
Eiskeller, Lagerschuppen u. Pferdestall.
Culmer Chaussee 11.

Diejenige Person,

die am Dienstag den 19. d. Mts., vorm., **das Portemonnaie m. Inhalt** in der Straßenbahn Nähe Schulstraße aufgehoben hat, ist vom Wagenführer beobachtet und erkannt worden. Selbige wird ersucht, dasselbe in der Geschäftsstelle der „Presse“ abzugeben, widrigenfalls Anzeige erstattet wird.

Weißer Kinder-Pelzkragen

auf dem Wege von Kostbar nach Podgorz verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei Prechnau, Podgorz, Magistratsstr. 101.

Gelbes Postfahrrad,

Nr. 798 681, Freitag Abend 8 Uhr entwendet. Wiederbr. erhält 10 Mk Belohnung. **Postamt Thorn-Mocker.**

Kleines Täschchen

mit Rosenkranz und ein Portemonnaie mit Inhalt am Neustädt. Markt gefunden. Abzuholen beim Straßenbahnführer **Dekowski,** Hofstraße 14

Die Nummern 258, 259, 260

der „Presse“, Jahrgang 1917, kauft zurück

Die Geschäftsstelle.

Täglicher Kalender.

1918	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Februar	—	—	—	—	21	22	23
	24	25	26	27	28	—	—
März	—	—	—	—	—	1	2
	3	4	5	6	7	8	9
	10	11	12	13	14	15	16
	17	18	19	20	21	22	23
	24	25	26	27	28	29	30
	31	—	—	—	—	—	—
April	—	1	2	3	4	5	6
	7	8	9	10	11	12	13
	14	15	16	17	18	19	20
	21	22	23	24	25	26	27

Hierzu zweites Blatt.

Die Presse.

(Zweites Blatt.)

Die Wahlrechtsvorlage.

In der gestern fortgesetzten Ausschußberatung des § 3 (gleiches Wahlrecht) sprach zunächst ein Pole gegen den konservativen Redner von vorgestern. Die Erklärung Dr. Friedbergs bedeute einen Umfall der Regierung; jede Art von Zusatzstimmen sei mit dem Wesen des gleichen Wahlrechts nicht vereinbar. Wenn man das Verhältniswahlsystem wolle — gut, dann aber für den ganzen Staat. Es nur für die gemischtsprachigen Landesteile einzuführen, wie die Fortschrittler beantragen wollen, bedeute ein Ausnahmegesetz gegen die Polen. In seinen weiteren Ausführungen sagte der Redner, **die deutsche Weste sei in Brest-Litowsk nicht sauber geblieben** und wird dafür zur Ordnung gerufen. Er kündigt auch an, daß die jetzt in Warschau herrschende Unruhe auf die preußischen Ostprovinzen übergreifen werde.

Ein Konservativer führt aus, dem Volke sei gegenwärtig infolge der Kriegsverhetzung der politische Sinn getrübt, sodaß es für das Wirkliche und Mögliche nicht das richtige Verständnis habe. Auch durch die Gefahr von Unruhen im Falle der Ablehnung des gleichen Wahlrechts dürfen sich die überzeugten Gegner dieses Systems, die das Volk wahrhaft lieben, nicht von ihrer Haltung abbringen lassen. Nur durch das berufsständische Wahlrecht werde eine gerechte Vertretung aller Klassen und Schichten des Volkes herbeigeführt. Die Erfahrung zeige, daß gerade in den Ländern mit demokratischen Einrichtungen das **Großkapital** die größte Macht besitzt, als könne man garnicht behaupten, daß das gleiche Wahlrecht im Gegensatz zu plutokratischen Zuständen stehe. Der konservative Antrag sei keineswegs eine Volksverhöhnung. Er werde leider nicht die Mehrheit finden. Aber den Weg **von Blut und Tränen**, den die Regierung vorschlage, den wollen die Konservativen dem Volke ersparen.

Ein Nationalliberaler spricht sich für die Einführung der **Wahlpflicht** aus. Wenn das Wahlrecht eine staatliche politische Funktion sei, so könne man das Nichtwählen als eine politische Pflichtverletzung betrachten.

Der Ministerialdirektor gibt Auskunft über die Erfahrungen mit der **Wahlpflicht** in Braunschweig und Belgien. In Braunschweig ist das Parlament aus 48 Abgeordneten zusammengesetzt, von denen 30 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen und 18 aus berufsständischen. Die 30 Abgeordneten werden indirekt gewählt, hier existiert die Wahlpflicht aber nur für die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner. Es kommt also nur ein ganz kleiner Kreis in betracht, irgendwelche Schlüsse lassen sich daraus nicht ziehen. Das gleiche gilt für die Wahlpflicht bei den berufsständischen Abgeordneten. Das braunschweigische Staatsministerium sagt ausdrücklich, daß bei allgemeinen direkten Wahlen die Wahlpflicht nicht aufrecht zu erhalten wäre. Die Erfahrungen in Belgien lassen sich mit denen in Preußen nicht vergleichen. Wenn man annimmt, daß nur 6 v. H. der Wähler von der Wahl fernbleiben, so würde das für Preußen 500 000 Wähler ausmachen und es ist ganz unmöglich, in jedem einzelnen Fall die Gründe des Fernbleibens zu prüfen. Die Wahlpflicht scheint in Belgien in erster Linie den bürgerlichen Parteien zugute gekommen zu sein.

Ein Zentrumsredner: Angesichts der sehr ungerechten Wahlkreiseinteilung wird die Gleichheit des Wahlrechts noch nicht einmal durch die Regierungsvorlage gegeben. Die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreise und die Zusammensetzung des Herrenhauses sind Sicherungen genug gegen die befürchtete Radikalisierung. Die christlichen Arbeiter verlangen das gleiche Wahlrecht und erwarten, daß die Regierung es durchführt. Sollte die Regierung zögern, zaudern oder umfallen, so dürfte sie sich nicht wundern, wenn das **Vertrauen der christlichen Arbeiter** zu ihr erschüttert wird.

Fortsetzung der Beratung Mittwoch.

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung, Dienstag, 19. Februar, 3 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Payer, Freiherr von Stein, von Krause, Wallraf.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung und erklärt: Präsident Dr. Kaempf ist durch einen Kurgebrauch leider verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen; deshalb habe ich die Ehre, den Reichstag zu eröffnen. Seit wir nach unserer letzten Tagung auseinandergingen, sind keine großen kriegerischen Ereignisse eingetreten, die zu irgend einer Kundgebung des Reichstages Veranlassung geben konnten. Wir hofften, daß wir dem allgemeinen Frieden näher kommen würden. Unser Feind im Osten bot uns die Friedenshand. Wir haben jetzt wenigstens einen bedeutsamen Schritt vorwärts getan. Wir haben mit dem neuen Staat der Ukraine einen Frieden geschlossen, der für beide Teile als gleich ehrenvoll betrachtet werden kann. Wir haben durch diesen Frieden gezeigt, daß das deutsche Volk bereit ist, ohne gewaltsame Annexionen und ohne Entschädigungen einen Frieden zu schließen. Leider ist es uns nicht gelungen, mit dem übrigen Rußland einen Friedenszustand zu erreichen. Wenn der Kriegszustand nach monatelanger Pause wieder hat eröffnet werden müssen, so ist es sicher nicht unsere Schuld. Wir können nur hoffen, daß es unserer energischen Hilfe gelingen wird, den Volksstämmen, die sich nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes von Großrußland lossagen wollen, die Selbständigkeit zu ermöglichen. Leider sind die Aussichten auf einen baldigen ehrenvollen Frieden im Westen nicht besser geworden. Der deutsche Friedenswille, dem der Reichskanzler in seiner letzten Rede Ausdruck gegeben hat, ist von unseren Feinden im Westen mit derselben Schroffheit zurückgewiesen worden wie früher. Man will nicht mit uns verhandeln, man will uns niederzwingen. Aber wir verzagen nicht. Unsere Feinde können ihre Sorgen über den bevorstehenden großen deutschen Angriff im Westen nicht zurückhalten, und das deutsche Volk, das nun schon über drei Jahre heldenmütig ausharrt, ist auch fernerhin fest entschlossen, wenn es sein muß, neue blutige Opfer zu bringen. Obgleich unsere Feinde immer neue Staaten gegen uns aufgerufen haben, obwohl beinahe die ganze Welt gegen uns kämpft, ist das deutsche Volk bisher in diesem Kriege siegreich gewesen. Den neuen gewaltigen Kämpfen sehen wir mit Zuversicht entgegen in dem festen Entschluß, auszuharren, um die Heimat, um Weib und Kind zu schützen und um einen Frieden zu erkämpfen, der uns wieder zu einem freien Lande macht, umspült von einem freien Weltmeer. In der Hoffnung, daß dieses Ziel recht bald erreicht werden möge, gehen wir an unsere Arbeit. (Lebh. Beifall.)

Das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Stadthagen (Unabh. Soz.) und Warlo (Ztr.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Ein Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Henke (Unabh. Soz.) wegen Verstoßes des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand wird dem Ausschuß für die Geschäftsordnung überwiesen.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) führt Beschwerde über das Verbot einer Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes in Berlin.

General von Wrisberg: Die Versammlung wurde später verboten, weil die Befürchtung bestand, daß durch sie Unruhen in den Verband hineingetragen und die Munitionserzeugung gestört werden könnte. Derartige Kämpfe müssen unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt vermieden werden.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Dann frage ich: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß diese Antwort unzutreffend ist?

Vizepräsident Dr. Paasche: Die Antwort auf die Anfrage wird im Namen des Reichskanzlers erteilt. Sie wird ihm also wohl bekannt sein.

Abg. Fuchs (Soz.) führt Beschwerde, daß in zahlreichen Gemeinden der näheren und weiteren Umgebung der Festung Straßburg die Vergütungen für die durch Armierungsanlagen verursachten Kriegsschäden, die noch aus den ersten Kriegsmonaten herrühren, noch immer nicht bezahlt sind.

Ministerialdirektor Dr. Lewald bedauert die vorgekommenen Verzögerungen. Es werde alles getan werden, um die Auszahlungen möglichst rasch erfolgen zu lassen. Der Statthalter in Elsaß-Lothringen hat bis zur endgiltigen Festsetzung Vorschüsse aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt und die Bezirkspräsidenten entsprechend angewiesen.

Abg. König (Soz.) führt Beschwerde darüber, daß in Dortmund weibliche Personen im Alter von 16 bis 35 Jahren aufgefordert wurden, sich in eine Meldeliste einzutragen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß es sich nur darum gehandelt habe, einen Überblick über die im Notfalle verfügbaren Arbeitskräfte zu erhalten.

Abg. Vogtherr (Unabh. Soz.) führt Klage über das Verbot von Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten in Stettin.

Ministerialdirektor Dr. Lewald erwiderte, daß das Verbot sich mit Rücksicht auf vorgekommene Straßendemonstrationen als notwendig herausgestellt hätte.

Abg. Leube (Fortschr. Volksp.) weist darauf hin, daß die **Fernsprechnot** hauptsächlich durch die Kriegsgesellschaften verursacht sei, die in übertriebener Weise die Fernsprechleitungen für sich in Anspruch nehmen.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Es trifft zu, daß der Fernsprechverkehr zwischen den Großstädten infolge der außerordentlichen Belastung der Leitungen zurzeit erschwert ist. Die Ursache liegt hauptsächlich in der aufs äußerste angespannten Kriegswirtschaft, in den Einschränkungen des Eisenbahn- und Postbetriebes, in der Unmöglichkeit, jetzt neue Leitungen herzustellen, und in der starken Benutzung des Fernsprechers durch die militärischen Dienststellen. Daß die Kriegsgesellschaften die Leitungen in übertriebener Weise für sich in Anspruch nehmen, hat sich bei kürzlichen Ermittelungen nicht bestätigt. Von den in Berlin angemeldeten Gesprächen nach außerhalb entfallen etwa 2 Prozent auf die Kriegsgesellschaften. Die Reichstelegraphenverwaltung ist dauernd bemüht, den Verkehrserschwernissen soviel wie möglich abzuhelfen; zu dem Zwecke steht sie auch fortgesetzt mit den obersten Reichs-, Staats- und Militärbehörden in Verbindung, um auf tunlichste Einschränkung des amtlichen und sonstigen Sprechverkehrs hinzuwirken.

Abg. Hanssen (Däne) weist darauf hin, daß die dänische Presse in Nordschleswig unter Vorzensur steht.

Oberst Weiß gibt nähere Auskunft über die Zensurmaßnahmen.

Abg. Koßmann (Ztr.) stellt folgende Anfrage: Durch das Hochwasser in der Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz wurden in zahlreichen Fällen eingekellerte Lebensmittel stark beschädigt oder vollständig vernichtet. Ist der Reichskanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, daß den betroffenen Familien baldigst 1. ausreichender Ersatz für vernichtete Lebensmittel, 2. die zur Wiederherstellung der zerstörten Acker- und Gartenflächen notwendigen Arbeitskräfte, eventuell durch Beurlaubung zum Heere eingezogener Angehöriger, beschafft werden?

Ein Regierungsvertreter sagt möglichste Berücksichtigung zu.

Abg. Meerfeld (Soz.) führt Beschwerde über das Verbot des Besuchs einer sozialdemokratischen Versammlung durch Soldaten in Köln.

General von Wrisberg: Den Militärpersonen ist die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Deshalb dürfen sie ebensowenig sozialdemokratische Versammlungen besuchen wie solche der Vaterlandspartei.

Auf eine Anfrage des Abg. Haehnle (Fortschrittliche Volksp.) erwidert

Ministerialdirektor Caspar: **Der § 313 der Reichsversicherungsordnung** hat die nach § 27 des Krankenversicherungsgesetzes strittige Frage, in welcher Mitgliederklasse oder Lohnstufe die Versicherung freiwillig fortgesetzt werden kann, dahin entschieden, daß die vor dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht maßgebende Klasse oder Stufe zu wählen ist. Erst die Kommission des Reichstags hat die Möglichkeit hinzugefügt, in eine niedrigere Klasse oder Stufe überzutreten. Offenbar sollte dadurch namentlich solchen Mitgliedern, die erwerbslos werden und denen infolgedessen die Weiterzahlung des bisherigen Beitrages schwer fällt, ermöglicht werden, gegen eine geringere Beitragsleistung sich die Mitgliedschaft bei der Kasse zu erhalten. Auf die Möglichkeit, daß das auf diese Weise niedriger versicherte freiwillige Mitglied späterhin bei günstigerer wirtschaftlicher Lage das Bedürfnis haben kann, jenen Schritt rückgängig zu machen, also wieder in die alte Klasse oder Stufe zu kommen, ist bei der Antragstellung in der Kommission wohl nicht gedacht worden. Da das Gesetz deshalb darüber keine Vorschrift trifft, dürfte allerdings das Recht zum späteren Wiederübertritt in eine höhere Klasse oder Stufe jetzt zu verneinen sein. Dagegen wird — der gegebenen Anregung entsprechend — wohl der Prüfung der Frage nähergetreten werden können, ob jene Befugnis, zunächst im Wege der Bundesratsverordnung für Kriegsteilnehmer und für die Kriegsdauer, neu einzuführen sei. Da die Besorgnis eines Mißbrauchs des Rechtes zu Ungunsten der Kassen nicht ausgeschlossen ist, hat das Reichswirtschaftsamt zunächst die großen Kassenverbände und das Reichsversicherungsamt zu einer Äußerung veranlaßt.

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Anfragen und einer Reihe von Petitionen tritt das Haus in die Besprechung des Ausschußberichtes für **den Reichshaushalt (militärische Angelegenheiten)** ein.

Abg. Erzberger (Ztr.) empfahl als Berichterstatter die Annahme der vom Ausschuß gefaßten Entschließungen.

Abg. Koßmann (Ztr.): Die Entlassung der alten Mannschaften vom Frontdienst sollte baldigst erfolgen. An ihrer Stelle sollten junge, unverheiratete Militärpersonen eingezogen werden. In den Fällen, in denen Vater und Sohn gleichzeitig an der Front stehen, sollte auf Antrag der Vater aus der Feuerlinie zurückgezogen werden. Bei den Reklamationen in der Kriegsindustrie sollte den Familienvätern ein Vorzug vor den Ledigen eingeräumt werden.

Generalmajor von Wrisberg: Dem Gedanken der Entlassung älterer Mannschaften stehen wir, soweit es die militärischen Verhältnisse gestatten, sympathisch gegenüber. Ein Austausch älterer Mannschaften mit jüngeren findet schon jetzt regelmäßig statt.

Darauf tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr: Vertrag mit der Ukraine, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Dittmann.

Schluß nach 4½ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 19 Februar 1918

— Von den Höfen. Adolf Fürst zu Schaumburg-Lippe vollendet am 23. Februar sein 34. Lebensjahr.

— Der Reichskanzler empfing am Dienstag den aus Petersburg zurückgekehrten Leiter der deutschen Delegation Grafen v. Mirbach-Harff.

— Staatssekretär v. Kühlmann wird voraussichtlich heute Abend zu den rumänischen Verhandlungen abreisen.

— Der nationalliberale Landtagsabg. Dr. Amring befindet sich laut amtlicher englischer Liste vom 1. Februar 1918 seit November 1917 in Dar-es-Salaam in englischer Gefangenschaft.

— Das preußische Staatsministerium ist am Dienstag zu einer Sitzung zusammengetreten.

— Eine schwedische Offiziersabordnung unter Führung des Obersten Ackermann, welche eine Besichtigungsreise auf dem Balkan und in der Türkei unternommen hat, ist auf der Rückreise wieder in Berlin eingetroffen und hat im Gasthof Adlon Wohnung genommen.

— Der Abg. Werner-Gießen hat folgende Anfrage eingebracht: Feindliche Ausländer jüdischen Stammes haben sich sowohl bei den Lebensmittelschiebungen im Osten als auch bei den Streikhetzereien der letzten Zeit in bemerkenswerter Weise hervorgetan. Was geschieht oder geschah, um diesem landesverräterischen Treiben zu begegnen?

— Ein Antrag auf Haftentlassung des Abg. Dittmann (Unabh Soz.) für die Dauer der Sitzungsperiode des Reichstags ist vom Abg. Ledebour im Reichstag eingebracht worden. Er stützt sich auf Artikel 31 der Reichsverfassung. Absatz 3: „Auf Verlangen des Reichstags wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Landwirte werden zu Mitkämpfern, wenn sie Flachs anbauen.

Lokalnachrichten.

Zur Erinnerung. 21. Februar. 1917 Scheitern russischer Angriffe am Naroczsee. 1916 Erstürmung des Naumontwaldes durch deutsche Truppen. 1915 Erfolgreiche Kämpfe mit den Franzosen bei Toul. 1912 Durchschlag des Tunnels Jungraujoch auf der Jungfraubahn. 1907 Strandung des großen Passagierdampfers „Berlin“ vor Hoek van Holland. 1902 † Dr. Emil Holub, berühmter österreichischer Afrikaforscher. 1862 † Justinus Kerner, hervorragender deutscher Dichter. 1861 † Ernst Rietschel, hervorragender deutscher Bildhauer. 1829 * Johannes von Miquel, hervorragender deutscher Staatsmann.

Thorn, 20. Februar 1918.

— (Personalien von der Regierung.) Der Regierungsassessor von Haugwitz in Marienwerder ist vom 21. Februar ab der Regierung in Liegnitz zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

— (Personalien von der kath. Kirche.) Dem Pfarrer Bernhard Poschmann zu Dt. Damerau ist die erledigte Pfarrstelle an der kath. Kirche zu Christburg im Kreise Stuhm verliehen worden.

— (Der westpreußische Provinziallandtag) wird am Dienstag, 5. März, mittags 12 Uhr, im Landeshause zu Danzig mit einer Ansprache des Staatskommissars, Oberpräsidenten von Jagow, eröffnet werden. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage dauern.

— (Die Landesversicherungsanstalt Westpreußen) gibt jetzt ihren Jahresbericht für 1916 bekannt. Danach schlossen die Einnahmen und Ausgaben mit 10 176 779 Mark ab. Die Einnahme an Beiträgen bezifferte sich auf 3 504 556,32 Mark, die Einnahme an Zinsen auf 1 149 697,74 Mark. Das Vermögen der Anstalt ist im Laufe des Jahres 1916 von 31 787 717,78 Mark auf 33 196 874,52 Mark gestiegen. Der Wert des zur Errichtung einer Lungenheilstätte in Rehhof angekauften Grundstücks steht mit 256 592,36 Mark zu Buch. Das Gemeinvermögen beträgt 3 744 610,23 Mark, das Sondervermögen 33 196 874,52 Mark, gegen 29 452 264,29 Mark im Vorjahr.

Zur Dessauer Magistrats-Affäre.

Zu dem Bericht über die mißlichen Verhältnisse im Dessauer Magistrat erfahren wir, daß die Beschuldigungen, die gegen den Landtagsabgeordneten und Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Cohn erhoben worden sind, auf einseitiger politischer Gegnerschaft beruhen. Die zuständige Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei, deren Führer Dr. Cohn ist, hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die Versammlung dankt den fortschrittlichen Stadtverordneten für ihre erfolgreiche Mitwirkung bei der Abstellung der in der Stadtverwaltung hervorgetretenen Mängel und stellt fest, daß der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Cohn die ihm obliegende Kontrolle der Stadtverwaltung pflichtmäßig ausgeübt hat. Die Versammlung stellt ferner aufgrund des Berichtes des Vorsitzers Dr. Cohn und anderer Mitglieder fest, daß die Wahlrechtsänderung in der hiesigen jüdischen Gemeinde zur Sicherstellung der (aus der Erbschaft der Baronin von Cohn-Oppenheim herrührenden) Stiftungsmillionen in dem kleinen Kreise der Gemeindemitglieder den pekuniär interessierten Elementen gegenüber eine unabweisbare Notwendigkeit war, mit der die grundsätzliche Frage nichts zu tun hatte. Die Versammlung spricht daher Herrn Dr. Cohn von neuem ihr Vertrauen und ihre lebhafte Anerkennung seiner im Dienste der Partei und der Allgemeinheit unermüdlich geleisteten Dienste aus.“

Einen ähnlichen Beschluß hat ebenso einstimmig die Repräsentantenversammlung der Dessauer jüdischen Gemeinde gefaßt. Das gegen den früheren Dessauer Oberbürgermeister Dr. Ebeling, der infolge der von Dr. Cohn angestellten Untersuchung über seine amtliche Mitwirkung in der Kriegswirtschaft zum Rücktritt gezwungen wurde, schwebende Disziplinarverfahren berührt Dr. Cohn in keiner Weise. Der als Nachfolger Dr. Ebelings von Dr. Cohn vorgeschlagene freisinnige Stadtrat Hesse ist mit großer Majorität gewählt und vom Landesherrn glatt bestätigt worden. Die in der Dessauer Stadtverwaltung beschäftigten Stadtverordneten sind Hilfsdienstpflichtige, deren Dienste in der jetzigen Zeit für die Stadt unersetzlich sind; ihre Einstellung ist mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt.

Der „Anhalt. Staatsanzeiger“, dem Herr Dr. Cohn die vorstehende Erklärung ebenfalls zugeschickt hat, behauptet demgegenüber, daß die Erklärung „inszeniert“ sei, jedoch wenig beweise, da eine Versammlung von Parteifreunden keine unbefangene und zuständige Instanz zu einer einwandfreien Beurteilung der Herrn Dr. Cohn vorgeworfenen Unterlassungen und Prinzipienkonsequenzen sein dürfte. Da über die Verhandlungen selbst weiter nichts mitgeteilt werde, so sei es dem Blatt nicht möglich, sich irgend eine Meinung über die Stichhaltigkeit der von Dr. Cohn vorgebrachten Rechtfertigungsgründe zu bilden.

Gesundheitspflege.

Eine furchtbare Sprache. Bei der Kriegstagung der deutschen Ortskrankenkasse in Dresden wies der Präsident des Reichsversicherungsamts, Geheimrat Dr. Kaufmann, auf die überaus großen Kosten hin, die den Kassen durch die Geschlechtskrankheiten entstehen. Sie belasten die Kasse jährlich mit 10 Millionen Mark. Allein in Preußen beträgt der jährliche Schaden am Volksvermögen hierdurch etwa 100 Millionen Mark. Diese Zahlen geben zu denken.

Wissenschaft und Kunst.

Der schwäbische Volksdichter Christian Wagner ist in Warmbrunn bei Leonberg im Alter von 82 Jahren gestorben.

Marschall Joffre wurde einstimmig zum Mitglied der französischen Akademie gewählt.

Schadet das Kino den Augen? Über diese Frage äußern sich in der „Lichtbildbühne" eine Reihe hervorragender deutscher Augenärzte, die meisten davon im negativen Sinne. Prof. Dr. Birch-Hirschfeld, Direktor der Universitäts-Augenklinik in Königsberg, schreibt: „Daß durch den Kinobesuch allein ein Augenleiden hervorgerufen wird, halte ich für sehr unwahrscheinlich, doch würde ich Personen mit kranken, zur Blendung neigenden Augen den Besuch von Lichtspieltheatern widerraten." Auch Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Silex in Berlin meint, daß ein Mensch mit gesunden Augen irgendwelche Schädigung durch den Besuch des Kinos nicht zu befürchten habe. In demselben Sinne äußert sich Prof. Dr. v. Heß in München. Dagegen ist Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Schoeler der Ansicht, daß das kinematographische Sehen von nachteiligem Einfluß auf die Sehkraft sei. „Die wechselnde Helligkeit des Lichtes mit seinen zitternden Bildern ist schon dem gesunden Auge wenig zuträglich. Diesbezügliche Beschwerden sind des öfteren zum Ausdruck gelangt, und ist es nicht auszuschließen, daß sie das auslösende Moment für Netzhauterkrankung bilden. Nicht nur „Überblendung", sondern auch die Remittenz und Intermittenz des Lichtes gehören in kurzen Intervallen zu den ausgeprägt großen Schädlichkeiten für die Augen."

Mannigfaltiges.

(Verhaftung einer Bande von „Millionendieben".) Die Verhaftung der Brüder Emil und Ernst Strauß, die den großen Seidendiebstahl im Hause Mikels & Co. in Berlin verübt haben, hat zur Aufklärung einer großen Reihe von Diebstählen geführt. Die Brüder hatten eine Anzahl junger Leute um sich gesammelt und mit diesen planmäßig Raubzüge durch die Waren- und Kaufhäuser Berlins unternommen. Der Wert der Beute beträgt mehrere Millionen Mark.

(Zehn Einbrecher verhaftet.) Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, in Moabit eine aus zehn Mitgliedern bestehende Einbrechergesellschaft zu ermitteln und zum größten Teile zu verhaften. Die Einbrecher hatten es hauptsächlich auf die umliegenden größeren Städte abgesehen. Die Beute, die zum größten Teil aus Lebensmitteln, wie Kaffee, bestand, von dem noch mehrere Zentner im Besitz der Diebe gefunden wurden, verkauften sie in Berlin. Ihren letzten Einbruch hatten sie, mit Revolvern und dem modernsten Einbrecherwerkzeug ausgerüstet, in Kottbus ausgeführt, und unter anderem auch die Wohnung des Stadtkommandanten vollständig ausgeplündert.

Brotkartenausgabe.

Die nächste Brotkartenausgabe findet am

Freitag den 22. und Sonnabend den 23. Februar 1918,

vormittags von 8—1 und nachmittags von 4—7 Uhr, statt.

Die Ausgabestellen sind an den Anschlagsäulen bekanntgegeben.

Die Ausgabestelle Huhse, Karlstraße, ist aufgehoben und nach dem Verteilungsamt 2, Brückenstraße 13, verlegt. Die Haushaltungen, die bisher im Verteilungsamt 2, Brückenstraße, die Brotkartenausweise abholten, haben dieselben fortan im Verteilungsamt 1, Culmerstr. 16, abzuholen, ebenfalls alle Militärpersonen, die nicht in Truppenverpflegung sind.

Jeder Haushaltungsvorstand ist verpflichtet, sich an einem der beiden Tage seine Marken von der für ihn infrage kommenden Ausgabestelle abzuholen. Bei der Abholung ist der **letzte Brotkartenausweis** zum Empfang der neuen Karten vorzulegen.

Um allzugroßen Andrang zu vermeiden, ersuchen wir die Haushaltungen mit den Brotkartenausweisen „A" nur Freitag den 22. Februar und die mit den Brotkartenausweisen „B" nur Sonnabend den 23. Februar 1918 die neuen Karten abzuholen.

Der Markeninhalt ist sofort bei der Empfangnahme nachzuzählen. Die Heftnadel darf dabei nicht entfernt werden. Spätere Reklamationen werden nicht berücksichtigt.

In jedem Brotkartenausweis sind für jede eingetragene Person enthalten:

2 Brotkartenblätter zu je 4200 gr Brot oder 2600 gr Mehl, und 1000 gr Kartoffeln,

4 Speisefettmarken, von denen die erste Woche ungiltig ist.

Für Erwachsene und Kinder über 6 Jahre

1 Reichsfleischkarte über 40 Fleischmarken,

für jedes Kind unter 6 Jahren

1 Kinderfleischkarte über 20 Fleischmarken.

Jede Speisefettmarke gilt bis auf weiteres für $41^{3}/_{8}$ gr Speisefett. Die Wochenration des Fleisches wird jeweils bekannt gegeben werden.

Hühner sind mit einem Durchschnittsgewicht von 400 gr, junge Hähne bis zu einem halben Jahr mit 200 gr auf die Reichsfleischkarte anzurechnen.

Graue Reichsfleischmarken berechtigen zum Einkauf am Freitag, gelbe Reichsfleischmarken am Donnerstag. Am Sonnabend und Sonntag können auf graue und gelbe Marken Fleisch oder Fleischwaren bezogen werden.

Thorn den 20. Februar 1918.

Der Magistrat.

Der unterzeichnete Sammelausschuß eröffnet am 20. d. Mts. **Baderstraße 23 (Schendel & Sandelowsky'sches Haus)** eine

Abnahmestelle für folgende Gegenstände

zu den dabei vermerkten Preisen:

Preistafel.

Papier:		
gemischte Papierabfälle	Pfd.	0,03 Mk.
Lederpappabfälle	"	0,05 "
Zeitungspapier	"	0,04 "
Zeitschriften	"	0,04 "
Akten, Briefschaften, sonstiges Schreibpapier	"	0,05 "
Kontobücher (ohne Deckel und Register)	"	0,05 "
Haar:		
Frauenhaar	"	5,00 "
Männerhaar	"	0,25 "
Flaschen: 3/4 Liter		
Weinflaschen	Stück	0,07 "
andere Flaschen	"	0,04 "
Korken:		
Bruch, durchbohrt	Pfd.	0,20 "
Korken 5 Stück	"	0,05 "
Lumpen:	"	0,06 "

Metalle:

Kupfer	Pfd.	0,85 Mk.	Blei	Pfd.	0,20 Mk.
Messing und dergl.	"	0,50 "	Zink	"	0,20 "
Aluminium	"	1,25 "	Flaschenkapseln	"	0,20 "
Neusilber und dergl.	"	0,90 "	Eisen	"	0,05 "
Reinnickel	"	2,25 "	Staniol	"	0,80 "
Zinn	"	1,00 "			

Da alle die oben genannten Gegenstände von großer Bedeutung für unsere Rohstoffversorgung sind, wird die Benutzung der Abnahmestelle dringend empfohlen.

Geöffnet ist das Lokal bis auf weiteres täglich von 2—5 Uhr nachmittags.

Sammelausschuß der Thorner Kriegswohlfahrtspflege.
